Abonnements-Preis:
Mittag- und Abend-Ausgabe im Stadtbezirke M. 3.50, bei der Post M. 4. Sonntags-Ausgabe im Stadtbezirke 80 Pf., bei der Post M. 1. Illustrirte Beilage „Heim u. Welt“ 50 Pf. Die zehnmal erscheinende humoristische Beilage „Bächermarkt“ gratis.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld.

Niederrheinische Volkszeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lerch für den redaktionellen Theil. 52. Jahrgang. Druck und Verlag der J. P. Klein'schen Buchdruckerei, M. Busch.

Insertions-Preis:
Die Petitzeile im Abonnentenkreise 15 Pf., bei auswärtigen Staats-Anstalten in dem „Reichs- und Staats-Anzeiger“, außerhalb des Abonnentenkreises 20 Pf., bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. 5. Reklame-Zeile 30 Pf. Offerten-Gebühren 25 Pf. Bei Postanfragen 10 Pf. für Antwort.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße 41.
Telephon-Anschluß 336.

Nr. 33. Krefeld, Freitag, den 19. Januar (Marius) 1900.

Mittag-Ausgabe.

△ Die erste Berathung des Etats

im Abgeordnetenhause hat zwar die üblichen drei Tage in Anspruch genommen, wich aber sonst stark von dem Herkömmlichen ab. Selten ist eine Etatsberathung so sachlich verlaufen wie diese. Sonst wurden alle möglichen Klagen und Beschwerden allgemein politischer Natur vorgetragen, so daß der Etat selbst oft ganz darüber vergessen wurde. Diesmal waren es allein die Polen, die den Etat links liegen ließen und lediglich von ihren Beschwerden sprachen. Sonst bildeten finanzielle und wirthschaftliche Fragen den Kernpunkt der Verhandlungen, das übrige war nur Beilage. Einzelne Redner blieben überhaupt streng beim Etat, wie der Zentrumsabgeordnete von Strombeck, der nur am Schluß ganz kurz die Paritätsfrage und die Kulturkampfgerechte streifte.

Die Abweichung von dem Ueblichen ist der vorhergegangenen Interpellation über die Beamten-Maßregelungen zu verdanken. Ohne diese würden die Debatten ganz steuerlos und wohl sehr lebhaft geworden sein. Da aber die Maßregelungen das einzig Rennenswerthe waren, was seit dem Schluß der vorigen Session vorgekommen ist, fehlte es an Stoff zur Aufregung. Die Nationalliberalen und Freisinnigen hätten allerdings gern die Debatten über die Maßregelungen und über die Kanalvorlage erneuert. Der Abg. Dr. Sattler gab sich gleich alle Mühe und Abg Richter hinterher noch mehr. Allein die Konservativen gingen nicht darauf ein. Sie vertheidigten wohl, wie der Abg. v. Köller, verschiedene von ihnen bei der Interpellation gethane Aeußerungen, wollten aber die Debatte nicht weiterspinnen. Graf Limburg-Stirum erklärte, es sei nicht ihre Gepflogenheit, die vorhandenen Gegensätze bei jeder Gelegenheit hervorzukehren, insbesondere biete der Etat keinen Anlaß zur nochmaligen Darlegung derselben.

Das ist jedoch eine wenig stichhaltige Ausrede. Sonst pflegen sie nicht nur bei jeder passenden, sondern auch bei jeder unpassenden Gelegenheit mit ihren Beschwerden immer und immer wieder hervorzutreten. Wie oft haben sie in den letzten Jahren nicht tagelange Debatten über die Lage der Landwirthschaft und das mangelnde Interesse und Wohlwollen der Regierung für sie vom Zaune gebrochen! Gegen unfügsame Minister haben sie ihr gröbstes Geschütz aufgefahren, so oft sie nur das Wort ergriffen. Ebenso hat ihre Presse unermüdlich die gleichen Angriffe wiederholt. Also von einer Scheu vor wiederholter Hervorkehrung der Gegensätze kann bei ihnen nicht die Rede sein. Nach ihrem Auftreten im Reichstage vor Weihnachten war ihre Zurückhaltung doch auffallend. Schon bei der Interpellation aber war die Stimmung zu bemerken. Gegen den Reichskanzler, dessen ganze Amtsführung sie enttäuscht haben sollte, fiel persönlich kaum ein böses Wort. Bei der Etatsberat ung war die Zurückhaltung noch größer.

Sie werden eben erkannt haben, daß sie der scharfen Worte nicht mehr bedürfen, höchstens die günstige Entwicklung damit stören konnten. Die Regierung stellt die gemaßregelten Landräthe mit hoherem Gehalte wieder an. Die Kanalvorlage liegt vorläufig in unbestimmter Ferne und wird mit „Kompensationen“ so bepackt sein, daß sie, falls sie in dieser Tagung überhaupt noch kommt, voraussichtlich gar nicht erledigt werden kann. Was will man mehr? Dabei benimmt sich die Regierung der Kanalfrage gegenüber so zurückhaltend, daß zur „Beunruhigung“ für die Konservativen gar kein Anlaß ist. Die Thronrede erwähnt die Kanalvorlage rein geschäftsmäßig. Die Minister sind trotz aller Anzapfungen von der Linken bei den Debatten auf diese Sache nicht eingegangen, selbst der reichlich provozirte Herr v. Miquel wich jeder bestimmten Aeußerung zu Gunsten des Kanals aus. Die „Kreuzztg.“ bezeugt ihm daher wohlwollend, seine Haltung habe „die Hoffnung erwecken können, daß die Regierung doch angefangen habe, die schweren Gefahren zu würdigen, die durch die unnöthige Zuspitzung des Kanalstreites für unser Vaterland heraufbeschworen worden sind.“ Bei solcher Sachlage scharf gegen die Regierung vorzugehen, lag für die Konservativen kein Grund vor. Abg. Richter hätte gar zu gern Herrn v. Miquel aus dem Bau gelockt, und die Nationalliberalen hätten wenigstens nichts dagegen gehabt, wenn es ihm gelungen wäre. Auch das war eine Mahnung für die Konservativen zur vorsichtigen Zurückhaltung. Ließ man sich zu weit in den Kanalstreit ein, so würden allerlei Dinge aufgerührt, die ihrem Vertrauensmanne, dem sie „nie getraut“ haben, unangenehm werden konnten. Sie betrachten ihn aber immer noch als den Minister, der sie am besten vor dem Kanal schützen kann. Zu seiner Bloßstellung dürfen sie daher nicht beitragen.

Sie nehmen sich um so mehr in acht, sich provoziren zu lassen, als sie die Liberalen in Verdacht haben, die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens zwischen ihnen und der Regierung hintertreiben zu wollen. In der That hat die liberale Presse reichlich genug erkennen lassen, daß sie den Kanalstreit zur Herbeiführung eines vollständigen Bruches zwischen den Konservativen und der Regierung benutzen möchten. Dafür benutzt die konservative Presse den Uebereifer der liberalen Kanalfreunde, insbesondere die Rede des Abg. v. Cynern wieder, um die Regierung warnend darauf hinzuweisen, wohin der „Kanalfanatismus“ führe d. h. „das Bestreben, der Kanalfrage die Herrschaft über unser gesammtes öffentliches Leben zu geben“. Dem Abg. von Cynern möchte die „Kreuzztg“ fast vorhalten, er habe den Staatsstreich befürwortet. Bei der Regierung aber setzt sie die Absicht voraus, den Kampf um die Kanalvorlage zu „lokalisiren“, d. h. sich in die abermalige Ablehnung hineinzufinden und den großen „Sieg über sich selbst“ davonzutragen. Vermuthlich haben die Konservativen richtig spekulirt und durch ihre Zurückhaltung mehr erreicht, als sie durch allzu forsches Draufgehen erreicht hätten.

CPC. Landtags-Verhandlungen.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 18. Januar.

Eröffnung 2½ Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Miquel, v. Thielen, Frhr. v. Hammerstein, Freiherr v. Rheinbaben, Schönstedt, Studt.

Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.

Nach dem kons. Abg. v. Köller (Vergl. die telegraphischen Mittheilungen in der Abend-Ausgabe von gestern. D. Red.) bemerkte

Abg. Gothein (frs. Vgg.), die Tariferleichterungen für russischen Zucker hätten erfolgen müssen, um den Handelsverkehr der deutschen Grenzstädte mit Rußland überhaupt zu ermöglichen. Die Einnahmen seien nicht hoch genug im Etat angesetzt worden; der Ueberschuß des nächsten Jahres werde sicher 70 Millionen betragen. Wenn Herr v. Zedlitz darüber klage, daß die Gütertarife noch nicht ermäßigt seien, so müsse er seine Klage gegen den Herrn Finanzminister Dr. v. Miquel richten. Die Frachtermäßigung dürfe man auf Getreide und Zucker nicht beschränken. Ebenso dürfe man die innere Kolonisation im Osten nicht auf die Bildung von Rentengütern beschränken, sondern müsse auch die private Güterheilung fördern. Ueber Arbeiternoth müsse auch die Industrie klagen; in ihr habe auch die Kohlennoth ihre Ursache. Die schlechte Lage des Großgrundbesitzers komme von dem Aufwand der Rittergutsbesitzer und ihrer „harmlosen“ Söhne. Da die wirthschaftliche Machtstellung Preußens auf Handel und Industrie beruhe und diese durch die Eisenbahntarife schwer geschädigt seien, müsse in den Kanälen ein Ausgleich gesucht werden. Die Aufnahme eines umfangreichen Plans weiterer Kanalbauten in die Vorlage halte er für wünschenswerth. Redner verlangte eine Auslassung des Ministers darüber, daß die den Schleifern versprochenen Kompensationen aufrecht erhalten würden.

Minister Thielen erklärte, daß die Regierung an ihrem Versprechen festhalte.

Abg. v. Giebocki (Pole) wandte sich gegen die gestrigen Ausführungen der Minister Studt und v. Rheinbaben, die den Beweis lieferten, daß das vom Fürsten Bismarck begründete System der Polenpolitik beibehalten werden solle.

Minister Studt erwiderte, daß die Regierung durch die Thatsachen zu ihren Maßnahmen gezwungen werde und daß die gegenwärtige preußische Politik schon seit 1848 befolgt werde.

Ein von konservativer Seite gestellter Schlußantrag wurde nunmehr angenommen und der Etat an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Antrag Barth (frs. Vgg.) und Gen. betr. die Abgrenzung der Landtagswahlbezirke. Zweite Berathung des Etats (Etat der direkten und indirekten Steuern).

Schluß 4½ Uhr.

CPC. Deutscher Reichstag.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

129. Sitzung vom 18. Januar.

Eröffnung 1¼ Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Dr. Nieberding.

Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats beim Etat des Reichsjustizamts.

Nach dem Abg. Dr. Bassermann (ntl.) und dem Staatssekretär Dr. Nieberding (Vergl. den telegraphischen Bericht in der Abend-Ausgabe von gestern. D. R.) schloß sich

Abg. Roeren (Zentr.) den Worten der Anerkennung, die der Abg. Bassermann dem Reichsjustizamt für seine Thätigkeit bei Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgesprochen hat, vorbehaltlos an, und er zweifelt auch nicht, daß damit den Empfindungen des ganzen Reichstags Ausdruck gegeben sei. (Sehr richtig!) Ich schließe mich auch den Wünschen des Herrn Kollegen Bassermann an, die eilens auf eine möglichst baldige Regelung der Zwangserziehung verwahrloster jugendlicher Personen, zweitens auf möglichst baldige Einführung der Berufung und drittens auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend Entschädigung unschuldig Verhafteter, gerichtet sind. Ich freue mich, daß die Stellung, die das Reichsjustizamt diesen Wünschen gegenüber einnimmt, nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs auch im Allgemeinen eine entgegenkommende ist. Ich habe mich aber wegen eines anderen Gegenstandes zum Wort gemeldet. Während ich in früheren Jahren wiederholt und namentlich auch im vorigen Jahre die Frage der **bedingten Verurtheilung** hier zur Sprache gebracht habe und dafür eingetreten bin, daß möglichst bald eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage vorgenommen werde, ist es meine Absicht, jetzt die Sache nicht näher zu behandeln, weil ich es nach den eingehenden Verhandlungen im vorigen Jahre für zweckmäßig halte, die verbündeten Regierungen wenigstens in diesem Jahre in ihrer zuwartenden Stellung gegenüber den Resultaten des in den meisten Einzelstaaten bestehenden Administrativbegnadigungsverfahrens ungestört zu lassen. Redner wendet sich dann in scharfen Worten gegen einen Artikel eines Leipziger Professors in einer juristischen Zeitung, in welchem derselbe sich eine Kritik der vorjährigen Parlamentsverhandlungen erlaube und den der Professor unter Kreuzband an eine Reihe von Mitgliedern des Hauses und an das Reichsjustizamt geschickt habe. Die Dreistigkeit des Herrn werde nur noch durch die Oberflächlichkeit des Artikels übertroffen. Nicht einmal der stenographische Bericht habe ihm vorgelegen, keine einzige statistische Angabe habe er als unrichtig bezeichnen können, und gleichwohl erhebe er den Vorwurf, daß die Abgeordneten mit der Statistik nicht vertraut seien. Klüglicher wäre es gewesen, einmal zu versuchen, das zu widerlegen, was bei den Reichstagsverhandlungen sachlich für die bedingte Verurtheilung und gegen das eigenartige administrative Begnadigungsverfahren angeführt worden sei. Daß dieses eigenartige Verwaltungsverfahren, wie es in den Jahren 1895 und 1896 als Ersatz für die bedingte Verurtheilung eingeführt ist, allgemein eine so unfreundliche Aufnahme gefunden hat, das liegt, wie wir damals schon hervorgehoben haben und wie ich auch jetzt wieder hervorhebe, darin, daß dieses Verfahren mit dem eigentlichen Wesen und mit dem Grundgedanken der bedingten Verurtheilung in innerem Widerspruch steht. (Sehr wahr!) Denn der Grundgedanke der bedingten Verurtheilung ist doch der: in solchen Fällen, in denen es sich um ein geringfügiges Vergehen, um eine kurzzeitige Freiheitsstrafe und um die erstmalige Verurtheilung handelt, da soll die Strafe ausgesetzt werden, und für den Fall, daß der Angeklagte, wenigstens eine gewisse Zeit hindurch sich wieder ordentlich führt, ganz erlassen sein, vorausgesetzt, daß nach der ganzen Lage der Sache, nach der Qualifizirung des Falles, nach den begleitenden Umständen und namentlich den persönlichen Verhältnissen des Angeklagten, seinem Vorleben u. s. w. eine gewisse Garantie vorliegt, daß die betreffende Person nun auch, ohne daß sie die Strafe verbüßt, das frühere ordentliche Leben wieder aufnimmt und fortsetzt, so daß hier anzunehmen ist, daß die Verbüßung der Haft- oder Gefängnißstrafe eher schädlich wie nützlich wirken würde. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, das zu beurtheilen, ist man nur auf Grund der mündlichen Verhandlung im Stande, nur unter dem unmittelbaren Eindruck der mündlichen Verhandlung. Deshalb aber kann auch diese Entscheidung nur dem erkennenden Richter zugewiesen werden, weil nur vor dem erkennenden Richter die mündliche Verhandlung stattfindet. Sie ist aber in dem jetzigen Administrativverfahren dem Staatsanwalt und dem Vollstreckungsrichter überwiesen, die beide an der mündlichen Verhandlung gar nicht Theil genommen haben, jedenfalls nicht Theil genommen zu haben brauchen, die den Angeklagten vielleicht niemals gesehen haben. Eine solche Behandlung des bedingten Straferlasses muß nothwendig eine schablonenmäßige und formalistische sein, obgleich es sich doch hier um Fälle handelt, die je nach der Verschiedenheit der Persönlichkeit des Angeklagten verschiedenartig gestaltet sind. Wenn wir die mündliche Verhandlung für nothwendig halten, um den Richter in die Lage zu bringen, über das Strafmaß zu befinden und zu entscheiden, ob die Strafe vielleicht auf ein Jahr Gefängniß, oder nur auf einen Tag Gefängniß festzusetzen ist, oder ob gar nur auf eine Geldstrafe oder einen Verweis zu erkennen ist, dann müssen wir in logischer Konsequenz die mündliche Verhandlung auch für nothwendig halten zur Entscheidung der Frage, ob die Strafe auszusetzen und bedingt zu erlassen ist. Diese Erwägungen sind es gewesen, die im Jahre 1896 dahin geführt haben, daß der Reichstag einstimmig hier die Resolution angenommen hat, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die reichsgesetzliche Regelung der bedingten Verurtheilung in Erwägung zu ziehen. Ich will, wie gesagt, heute nicht näher darauf eingehen, warum die Zeit von 1896 bis jetzt es besonders erwiesen hat, wie nothwendig es ist, daß die Frage reichsgesetzlich geregelt wird, ich will mich vielmehr darauf beschränken, an die verbündeten Regierungen auch in diesem Jahre wieder die Bitte zu richten, doch dieser Frage nun endlich näher zu treten. (Bravo! in der Mitte.)

Abg. Dr. Oertel (kons.) erklärt, er könne dem Urtheil des Berliner Gerichts, wonach die sächsischen Gerichte den Sozialdemokraten gegenüber mit zweierlei Maß maßen, nicht beitreten.

Präsident Graf Ballestrem erklärt, daß er die Besprechung richterlicher Urtheile nur zulassen werde, wenn die Kritik eine durchaus objektive sei und in der passenden Form vorgetragen werde.

Abg. Fischer-Sachsen (Soz.) beschwert sich über die Anwendung des Groben-Unfugparagraphen und des ambulanten Gerichtsstandes auf die Presse. In dieser Anwendung lägen zweifen Ungerechtigkeiten gegenüber der Sozialdemokratie. Dem Urtheile des Berliner Landgerichts betr. die Urtheile der sächsischen Gerichte stimme er zu. Uebrigens habe der Staatssekretär früher selbst zugegeben, daß in Sachsen auffällige Urtheile gefällt würden.

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, er habe s. Z. nur gesagt, daß das Vertheilen von Wahlzetteln nicht strafbar sei, daß aber konkurrirende Momente es strafbar machen könnten, und in der Beurtheilung solcher konkurrirender Momente gingen die Richter zu weiten zu weit.

Abg. Müller-Meiningen (fr. Vp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Oertel. Dem Abg. Roeren stimme er vollkommen bei. Redner fragt an, wie es mit der Novelle zum Urheber- und Verlagsrecht stehe, und tritt besonders für die Rechte der musikalischen Autoren ein.

Staatssekretär Dr. Nieberding erwidert, das langsame Fortschreiten der Ausarbeitung des Entwurfs eines Verlagsrechts liege begründet in dem langsamen Eingange von Anfragen bei den verbündeten Regierungen. Urheber- und Verlagsrecht sollten nicht mit einander verquickt werden.

Abg. Dr. v. Czarlinski (Pole) forderte, daß zur Entlastung des Reichsgerichts an den einzelnen Gerichtshöfen die Urtheilsbegründungen gründlicher ausgearbeitet würden.

Abg. Stadthagen (Soz.) forderte, daß die Reichsregierung darauf achte, daß nicht von Richtern Recht gesprochen werde, die politisch so unreif seien, daß sie die Politik in die Rechtsprechung hineintrügen. Die Konservativen und die Gerechtigkeit seien verschiedene Dinge wie Feuer und Wasser. (Der Redner wurde wegen dieser Bemerkung zur Ordnung gerufen.)

Sächsischer Ministerialdirektor Fischer nahm die sächsische Rechtsprechung in Schutz.

Abg Büsing (ntl.) meinte, daß Mecklenburg noch immer keine Verfassung habe, liege zum Theil am Zentrum, das den Standpunkt vertrete, daß der Reichstag sich in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten nicht einmischen solle.

Hierauf wurde ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Interpellation Möller-Duisburg u. Gen. (ntl.) über die Beschlagnahme deutscher Schiffe durch Organe der englischen Regierung; Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Schluß 6 Uhr.

Amtliches.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Vorsitzenden des Königlichen Gewerbegerichts, Rentner Küppers zu M.Gladbach den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Deutschland.

* **Berlin,** 18. Jan. Der Kaiser nahm heute die feierliche Investitur des Herzogs Albrecht, Nikolaus von Württemberg und des Generals v. Bülow als Ritter des Schwarzen Adlerordens vor und hielt dann das Kapitel des Ordens ab. Anwesend waren die Prinzen des königlichen Hauses, der Reichskanzler, Feldmarschall Blumenthal, Generaloberst Graf v. Waldersee, die Minister v. Miquel v. Delbrück, v. Böttticher, die Generale v. Hahnke, v. Häseler, v. Schlieffen, Admiral v. Knorr, Professor v. Menzel und andere kapitelfähige Ritter. — Das Befinden der Herzogin Friedrich von Schleswig-Holstein ist sehr besorgnißerregend in Folge plötzlicher großer Herzschwäche. Der Kaiser fährt wahrscheinlich heute Abend nach Dresden. — Die Regierung bereitet eine Umarbeitung der Vorschriften betreffend die Ausbildung und Prüfung für den Staatsdienst im Baufach vor. — Das „Berl. Tagebl.“ vernimmt, daß ein Gesetz in Vorbereitung sei betreffend die Befugniß der Regierung zur sofortigen Beschlagnahme des schriftlichen Nachlasses der im Amte verstorbenen Staatsmänner und Militärs.

* **Zur Wiederherstellung der Produktenbörse.** In einem Theile der Presse wird an die Mittheilung von einem befriedigenden Ausgange der jüngsten Verhandlungen über die Rekonstruktion der Produktenbörse in Berlin die Bemerkung geknüpft, daß damit auch die Frage der Spiritusnotiz erledigt sei, die vorläufig in bisheriger Weise gehandhabt werden würde. Die beiden Fragen stehen indessen, so schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“, nicht miteinander in Zusammenhang. Dem Vernehmen nach wird diese Auffassung auch von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg getheilt, der, an seiner früheren Forderung festhaltend, den Spiritushandel an der Börse alsbald beseitigt wissen will, da bis zur Wiederherstellung der Produktenbörse immerhin noch einige Zeit vergehen dürfte.

✣ **Berlin,** 18. Jan. Die angekündigte Freigabe des „Bundesraths“ scheint immer noch nicht erfolgt zu sein, wenigstens ist bis jetzt amtlich nichts darüber gemeldet worden. Vielleicht wird die Meldung zurückgehalten, damit Staatssekretär Graf Bülow morgen bei der Interpellation im Reichstage doch auch etwas Neues mittheilen habe. Sonst wird man nämlich schwerlich etwas Neues hören. Heute ging die Rede, es sei beabsichtigt, in eine Besprechung der Antwort des Staatssekretärs nicht einzutreten, falls diese befriedigend ausfalle. „Befriedigend“ fallen aber bekanntlich alle seine Antworten aus. Wir vermögen nicht recht einzusehen, warum man dann überhaupt interpellirt, wenn man so ängstlich oder so genügsam ist. Interpellationen des Reichstages über auswärtige Politik sind ohnehin meist keine sonderlich imponirende Aktionen. Sie werden aber vollends zu harmlosen Scherzen, wenn der Reichstag sich dabei selbst den Mund verbietet. Es wäre denn doch wahrlich wohl am Platze, daß die deutsche Volksvertretung offen ihre Meinung über die englischen „Freundlichkeiten“ sagte. Sie braucht darum weder zu provoziren noch zu beleidigen. Wenn man einfach schweigt, so sieht es beinahe aus, als sei man den Engländern dankbar, daß sie gerade im richtigen Augenblicke Stoff für die Flottenagitation geliefert hätten. — Außer der Interpellation steht morgen der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei auf der Tagesordnung. Es heißt, daß Herr v. Kardorff dabei den schon angekündigten Vorstoß gegen den Reichskanzler unternehmen werde. Wenn ihm nun auch noch Graf Limburg-Stirum dabei sekundirte, so wäre das ein seltsames Gegenstück zu der Haltung der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause. Es geht doch nicht gut an, den Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe von dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zu trennen und dem ersten freundlich, dem andern feindlich entgegenzutreten.

* **In der gestrigen Sitzung des Wirthschaftlichen Ausschusses** wurde vom Staatssekretär Grafen v. Posadowsky auch des seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitgliedes, Grafen Loe-Wissen, gedacht und als Nachfolger der Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins, Graf Spee, eingeführt. Nachdem von dem Vertreter des Reichs-Schatzamts die Grundzüge des Tarifschemas näher erläutert waren, wurde einstimmig die Ueberweisung des Schemas an die bereits bestehenden Kommissionen des Ausschusses zur detaillirten Berathung und zur Anhörung von Sachverständigen aus allen Interessentenkreisen beschlossen, um so jedem Industriezweig Gelegenheit zu bieten, seine Wünsche und Interessen in umfassendster Weise zur Geltung zu bringen. Die Mittheilung, daß das Tarifschema in den nächsten Wochen bei der Reichsdruckerei für jeden Interessenten zum Selbstkostenpreise gedruckt vorliegen wird, wurde mit Befriedigung entgegengenommen. Dem Ausschuß wurde ferner von seinem Referenten Bericht über die Ergebnisse der Produktionserhebungen in der Industrie und Landwirthschaft erstattet; er beschloß darüber, in welcher Beschränkung die Schlußergebnisse der Oeffentlichkeit übergeben werden dürfen. Schließlich wurde die Frage der internationalen Garn Nummerirung einer Vorbesprechung unterzogen und zur eingehenderen Berathung der Textilkommission zugewiesen, welche nach Anhörung von Vertretern der verschiedenen Interessentengruppen (Garnproduzenten und Garnkonsumenten) dem Plenum des Ausschusses Bericht erstatten soll.

* **Obligatorische Waarenhaussteuer.** Der neue Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der Waarenhäuser, der nach der gestrigen Erklärung des Finanzministers in der nächsten Zeit dem Landtage zugehen dürfte, soll, wie die „Lib. Korr.“ hört, im Gegensatz zu dem früheren Entwurf, der nur eine fakultative Besteuerung in Aussicht nahm, eine obligatorische Waarenhaussteuer für den ganzen Umfang der Monarchie einführen.

* **Dresden,** 18. Jan. Die Kaiserin ist Nachmittags um 4 Uhr 22 Min. hier eingetroffen; auch die Prinzessin Leopold von Preußen sowie der Herzog und die Herzogin Friedrich Ferdinand von Schleswig sind anwesend und weilen am Krankenbette der Mutter der Kaiserin, der Herzogin Friedrich von Schleswig-Holstein.

Oesterreich.

* **Pest,** 18. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat seine Sitzungen heute wieder aufgenommen. Unter den Eingängen befindet sich eine Zuschrift des Ministerpräsidenten, mit welcher dieser eine Abschrift des Königlichen Handschreibens übermittelt, nachdem die Ouote von dem Könige für die ersten 6 Monate d. J. auf 34,4 Prozent festgestellt wird. Komjathy (äußerste Linke) verlangt, das Reskript möge zu meritorischen Verhandlung auf die Tagesordnung gestellt werden. Der Ministerpräsident Koloman v. Szell erklärt, daß es sich hier gar nicht um ein Reskript, sondern nur um eine ministerielle Zuschrift handele; die Berechtigung der Allerhöchsten Entscheidung könne nicht in Frage kommen. Das Haus beschloß, daß die ministerielle Zuschrift zur meritorischen Verhandlung seiner Zeit auf die Tagesordnung gestellt werden solle. Sodann wurde die Vorlage betreffend die Aufrechterhaltung des bisherigen Rekrutenkontingents bis Ende 1900 angenommen.

Frankreich.

* **Paris,** 18. Jan. Deputirtenkammer. Deteaute (Sozialist) interpellirt wegen der letzten Ausstände in der Gegend von Befort, beklagt sich lebhaft darüber, daß die Armee- und die Gerichtsbehörden den Unternehmern ihre Hilfe zu Theil werden ließen und wirft der Regierung vor, sie habe die Ausständigen daran gehindert, nach Paris zu kommen. Gay (Progressist) bespricht den Streik in St. Etienne und erklärt, die Regierung trage in Folge ihrer Unentschlossenheit und Unthätigkeit die Verantwortung für die Unruhen vom 4. Januar. Redner wirft Millerand vor, daß er den Ausständigen seine moralische Unterstützung gewährt habe. Hierauf erklärt Minister Millerand, er habe in St. Etienne nur intervenirt, um Erklärungen hinsichtlich der Anwendung des Gesetzes über Arbeiterunfälle zu geben. (Beifall.) Ministerpräsident Waldeck-Rousseau verliest die dem Präfekten des Loire-Departements ertheilten Weisungen, in welchen dem Präfekten vorgeschrieben wird, das Ausstandsrecht und die Freiheit der Arbeit zu respektiren. Waldeck-Rousseau fügt hinzu, niemals sei ein so bedeutender Ausstand mit mehr Klugheit und Ruhe geführt worden. Zum Schlusse spricht Waldeck-Rousseau den Arbeiter-Syndikaten seine Anerkennung aus, welche die Ausstände regeln und sie leiten. (Anhaltender Beifall.) Die Erörterung wird geschlossen und die Kammer nimmt mit 329 gegen 74 Stimmen eine von Waldeck-Rousseau genehmigte Tagesordnung an, in welcher die Haltung und die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Schweden und Norwegen.

* **Stockholm,** 18. Jan. Der Reichstag wurde vom Könige mit einer Thronrede eröffnet, welche die freundschaftlichen Beziehungen der vereinigten Königreiche zu den auswärtigen Mächten hervorhebt und dann fortfährt: „Ich konnte Ihnen einen neuen Beweis der Friedensliebe geben durch die Entsendung eines Spezialvertreters zur Konferenz im Haag im vergangenen Sommer. Die dortigen Abmachungen bilden einen weiteren Schritt, die Leiden zu vermindern, die die Kriege mit sich bringen. Weitere Aussichten sind eröffnet, künftig auf friedlichem Wege internationale Meinungsverschiedenheiten regeln zu können. Jedoch selbst bei der denkbar friedenstellendsten Lösung der Frage ist kein Land der Pflicht enthoben, an die eigene Vertheidigung zu denken, weil das Sein oder Nichtsein eines Volkes niemals der Gegenstand eines Urtheils irgendwelchen Schiedsgerichtes sein kann, ebensowenig wie das

059

Vorhandensein derartiger Schiedsgerichte ein Land von den Pflichten der Aufrechterhaltung der Neutralität entbindet." — Die Thronrede hebt die erheblichen Kredite zur Verbesserung der nationalen Vertheidigung zu Wasser und zu Lande hervor, welche der König verlangt, sowie unter anderen Vorlagen einen Gesetzentwurf betr. Leistungen von Schadenersatz bei Unfällen während der Arbeit. Die Thronrede schließt mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß im neuen Jahrhundert die Brüder-Königreiche trotz vorübergehenden Differenzen sich mehr und mehr zusammenschließen. Prinz Gustav Adolf, der älteste Sohn des Kronprinzen, leistete vor dem Reichstage den Eid.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

Zum Uebergang der Engländer über den Tugela meldet „Laffans Bureau" aus Spearmans Farm vom 17. Januar noch folgende Einzelheiten: Vorigen Donnerstag stieß Lord Dundonald mit seiner berittenen Brigade vor und bemächtigte sich durch eine plötzliche Bewegung der Springfieldbrücke (über den „kleinen" Tugela). Weiter eilend nahm er eine sehr starke Stellung auf dem Zwartkop, einem (noch südlich vom eigentlichen Tugela gelegenen) Potgieters Furth beherrschenden Hügel ein. Er fand die Buren gänzlich unvorbereitet für einen britischen Vorstoß; einige badeten im Flusse. General Lyttletons Brigade wurde abgesandt, um die Stellung auf dem Zwartkop zu halten. Mit Zurücklassung einer starken Abtheilung, um Colenso zu halten, und der Brigade des Generals Hildyard in Springfield rückte unsere ganze Streitkraft unverzüglich vor. Das Fährboot bei Potgieter war am anderen Tugela-Ufer. Leutnant Carlyle und fünf Mann der südafrikanischen leichten Reiterei schwammen über den Fluß und brachten es zurück. Nach viertägigem Aufenthalt am Südufer des Tugela begann unser Vormarsch nach Norden. Am 16. Januar, Abends, überschritt Lyttletons Brigade die Furth und besetzte die Anhöhen zu unserer Rechten. Warrens Division hat einen Angriff auf die Flanke des Feindes gemacht. Der Rest der Kolonne überschreitet jetzt den Fluß. — Nach einer schon erwähnten Meldung des „Daily Telegraph" von Spearmans Farm hat dann Warren den Tugela sechs Meilen weiter nach Westen unweit Wagonfurth überschritten. Angesichts des heftigen Geschütz- und Gewehrfeuers der Buren faßte er zwei Meilen weiter in der Richtung von Spionkop festen Fuß. Selbstverständlich werden die Engländer am Nordufer des Tugela nicht lange mit dem Versuche warten, so oder so nach Ladysmith durchzubrechen. Dann aber kommen für sie noch die Hauptschwierigkeiten.

* * *

Rendsburg, 17. Jan. Eine aus 16 Mann der Neu-Südwales-Lancers und der Südaustralischen Reiter bestehende Patrouille fiel gestern in einen Hinterhalt. Es entspann sich darauf ein heißes Gefecht. Die Südaustralischen Reiter wurden überwältigt, 5 wurden getödtet und einer verwundet; zwei entkamen, der Rest wurde gefangen genommen. Einem späteren Telegramm zufolge wurde von der Patrouille nur ein südaustralischer Reiter getödtet und einer verwundet. Sechs sind inzwischen in das Lager zurückgekehrt.

* **Berlin**, 18. Jan. Nach einem hier eingegangenen amtlichen Telegramm aus London ist heute die Freigabe des Dampfers „Bundesrath" erfolgt.

Kirchliches.

** **Neviges**, 18. Jan. Papst Leo XIII. hat dem hochw. P. Liborius Hovestadt in Anerkennung seiner Verdienste als Volksmissionar den Titel eines „Apostolischen Missionars" verliehen.

* **Köln**, 18. Jan. Der „Kirchl. Anz." veröffentlicht folgende Ernennungen: Rüttgers, Kornelius Joseph, Pfarrer in Kirspenich, zum Pfarrverwalter in Meyerode, Dekanat St. Vith. Fischer, Johann Julius, Vikar in Brühl, zum Rektor in Oberforstbach, Pfarrei Gornelimünster, Dekanat Burtscheid. Thomas, Rudolph, Kaplan an St. Gereon in Köln, zum Pfarrverwalter in Rösrath, Dekanat Bensberg. Dahlhausen, Matthias Franz, Kaplan an St. Pantaleon in Köln, zum Kaplan an St. Gereon daselbst. Löbbel, Hermann, Dr. theol., aus Ewsbetten, Diözese Münster, zum 2. Kaplan an St. Marien in Düren. — Gestorben: Magon, Franz Karl, Pfarrer in Breining, 70 Jahre alt. Granderath, Karl Joseph, Dechant und Pfarrer in Oberath, 72 Jahre alt.

Volkswirthschaftliches und Soziales.

* **Duisburg**, 18. Jan. Dem hiesigen Volksbureau wurde heute die erfreuliche Nachricht zu Theil, daß der hochwürdigste Herr Bischof von Limburg einem armen Dienstmädchen aus Haintchen bei Wiesbaden, das bei einer dortigen Bischofsfeier gelegentlich der Ausschmückung eines Schulsokals zu Fall gekommen und erheblich verletzt worden war, eine namhafte Geldunterstützung überwiesen habe. Der Unglücksfall war dem hochwürdigsten Herrn durch das hiesige Volksbureau bekannt geworden.

** **Fulda**, 18. Jan. Die vielen hier beschäftigten Arbeiter der Textil- und Metallbranche beabsichtigen, christliche Gewerkvereine zu organisiren, die sich dann an den Niederrheinischen Verband christlicher Textilarbeiter in Krefeld bezw. den christlichen Metallarbeiterverband in Duisburg anschließen würden.

* **Waarenhäuser für Beamte.** Der Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibende hat an Herrn von Boddielski eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die Waarenhäuser der Postbeamten richtet. Der Postassistentenverband beabsichtigt aus Anlaß der Umwandelung des Waarenhauses in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung den Ausverkauf eines Theiles seiner Waaren mit einem Nachlaß von 20 Proz. vom Verkaufspreise. Der Zentralverband bittet den Staatssekretär, dem Postassistentenverbande eine derartige Verkaufsform zu untersagen.

Gerichtszeitung.

W **Düsseldorf**, 18. Jan. Strafkammer. Der Schneider Auguft Kaffebeer und seine Frau, die Gesindevermiethering zu Düsseldorf war, haben Mägde unter der falschen Angabe, sie an Herrschaften in Cleve zu vermiethen, in schlechte Häuser in Amsterdam gebracht. Wegen schwerer Kuppelei und Vergehens gegen das Auswanderungsgesetz wurden Kaffebeer mit Frau zu je 2 Jahren Zuchthaus, 2 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt. — Der 12 Jahre alte Schüler Joseph B. hat 340 M. gestohlen. Er wurde einer Erziehungsanstalt überwiesen. Die Mutter, Ehefrau B. aus Unterbach, erhielt wegen Verleitung zum Diebstahl und Hehlerei ein Jahr Gefängniß. — Tagelöhner Wilh. G. aus Krefeld hat einem Unbekannten gestohlenen, gestohlenen Kupferdraht zu verkaufen. Wegen Hehlerei wurde er mit 9 Monaten Gefängniß bestraft. — Wegen Körperverletzung vermittelst eines Messers verurtheilte die Strafkammer den Theodor B. aus Mülforth zu 18 Monaten Gefängniß und ließ ihn gleich einsperren. Kommis Otto E. hat 250 M. unterschlagen und eine Postanweisungsquittung gefälscht; er bekam dafür 6 Monate Gefängniß.

* **Kassel**, 18. Jan. Der Schäfer Christian Ahlbers, der im vergangenen Jahre als Wunderdoktor in verschiedenen Ortschaften des Regierungsbezirks Kassel sein Unwesen trieb, wurde von der Strafkammer zu 3½ Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Landwirthschaft und Gartenbau.

△ **Straelen**, 18. Jan. Die Ausführungen in Nr. 13 der „Niederrh. Volksztg." über die Mittel zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche haben in den weitesten Kreisen vollen Beifall gefunden. Als einzig möglichst, wirksames Vorbeugungsmittel zur Verhütung der Ausbreitung dieser Plage der Landwirthschaft wurde die Sperre der Großmärkte empfohlen. Auch in hiesiger Gegend hörten wir die erfahrensten urtheilskräftigsten Oekonomen schon vor langer Zeit diese Ansicht vertreten und warm befürworten. In der That bieten die bis heute getroffenen polizeilichen Maßregeln absolut keinen Schutz, geben dagegen leicht Anlaß zu allerlei Reibereien. In der Gemeinde Straelen waren vor einigen Wochen trotz erfolgter Aufhebung des Schweinemarktes, Ortssperre 2c. 2c. 30 Ställe verseucht, momentan noch 27. Gerade unter den Schweinebeständen tritt die Seuche am heftigsten auf. Hunderte von Schweinen sind hier krepirt, einem einzigen Oekonomen allein 50 Stück. Das große Mittel, Sperre der Großviehmärkte, ist dringend nöthig. Sie sind, wie in dem betr. Artikel der „Niederrh. Volksztg." richtig ausgeführt wird, die Faktoren, welche für die Verschleppung der Seuche in Frage kommen. Wo es gilt, die Landwirthschaft vor dem drohenden Ruin, veranlaßt durch das immer weitere Umsichgreifen der Seuche, zu schützen, da muß das Interesse des Einzelnen vor dem Gesammtwohl zurücktreten.

Rheinland und Westfalen.

* **Uerdingen**, 19. Jan. Auf der hiesigen Werft wurden in letzter Zeit vielfach Waarensendungen geraubt, ohne daß man der Thäter habhaft werden konnte. Bei einer unlängst vorgenommenen Haussuchung wurden verschiedene Gegenstände, welche aus solchen Beraubungen herrühren, gefunden.

△ **Straelen**, 18. Jan. Gestern feierten hier die Eheleute Jakob Teunen das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Nach dem Gottesdienst wurde das Jubelpaar von einer Ehrenescorte Reiter und einer stattlichen Anzahl Wagen abgeholt und in ihr festlich geschmücktes Heim geleitet. Daselbst wurde die Feier in fröhlicher Weise von Verwandten und Nachbarn festlich begangen.

Z **Emmerich**, 18. Jan. Im Jahre 1899 wurden geboren in der Stadtgemeinde 182 Knaben und 178 Mädchen, zusammen 360 Geburten gegen 409 im Jahre 1898, in der Landgemeinde 45 Knaben und 27 Mädchen, zusammen 72 Geburten (1898 58). Gestorben sind in der Stadt 1899 206 Personen, davon 89 männliche und 117 weibliche (1898 221). In der Landgemeinde starben 1899 14 männliche und 10 weibliche, zusammen 24 Personen (1898 18). Ferner wurden 1899 in der Stadt 83 Ehen (darunter 8 Mischehen), in der Landgemeinde 7 Ehen geschlossen.

** **Rees**, 19. Jan. Zu unserer in Nr. 15 der „Niederrh. Volksztg." vom 10. Januar gebrachten Notiz aus Rees über die Stadt Reeser Anschlußbahn erhalten wir von der Firma Havestadt u. Contag-Wilmersdorf-Berlin folgende berichtigende Einsendung: „Die Stadt Reeser Anschlußbahn war bis zum 1. Juni vergangenen Jahres in gemeinschaftlichem Besitze der Firma Havestadt u. Contag und der Stadt Rees. Ein Angebot der erstegenannten Baufirma, den Antheil der Stadt Rees zu 110, d. h. also mit einem Gewinn von 10 Proz. für die Stadt Rees, zu übernehmen, wurde seitens der Stadt Rees abgelehnt, vielmehr umgekehrt der gesammte Ankauf des Unternehmens durch die Stadt in der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen. Mit dem 1. Juni v. J. wurde auch der Betrieb der Bahn seitens der Stadt Rees in Selbstregie übernommen, nachdem bis dahin die Betriebsleitung in Händen der Firma Havestadt u. Contag gelegen hatte. Wenn die Bahn unter Selbstregie der Stadt bereits nach einem halben Jahre betriebsfähig geworden und insbesondere die Lokomotiven, welche aus der renommirten Lokomotivfabrik Hagens in Erfurt stammen, und durch die königl. Eisenbahnbehörde seiner Zeit abgenommen worden sind, schon defekt geworden sind, so zeigt dies eben, daß die Verwaltung der Stadt Rees wohl ihre Kräfte und ihr Können überschätzt hat, indem sie den Betrieb für den Stadtsäckel in vortheilhafterer Weise selbst übernehmen zu können glaubte. Wie alles andere, so will natürlich auch der Eisenbahnbetrieb gelernt sein. Nur sehr vereinzelte größere Stadtverwaltungen haben es bisher gewagt, Straßenbahnbetriebe in Selbstregie zu übernehmen. Daß namentlich eine Lokomotive bereits binnen weniger Wochen unsachgemäßer Behandlung ruinirt werden kann, wird Jedem bekannt sein, der mit Maschinen zu thun hat; insbesondere wenn — wie dies in der Stadt Rees thatsächlich der Fall — mit Kesselstein bildendem Speisewasser gerechnet werden muß, und die zur Verhinderung der Kesselsteinbildung erforderlichen Maßnahmen unterlassen werden. Die Stadt Rees hätte ihren „Reinfall" sehr wohl vermeiden können und vielmehr ein gutes Geschäft gemacht, wenn sie das Angebot der Firma Havestadt u. Contag angenommen oder nach Uebernahme der Bahn sich mit Kräften versehen hätte welche eben dies Geschäft verstehen."

* **Düsseldorf**, 18. Jan. In der Schlachthalle haben seit längerer Zeit umfangreiche Diebstähle an Fleisch stattgefunden, denen man jetzt auf die Spur gekommen ist. Der Kutscher Pfeifer, der bei dem Metzgermeister Weske in Stellung stand, ist verhaftet worden.

* **Montjoie**, 18. Jan. Der Kaiser hat laut dem „Stadt- und Landbote" unserer Stadt zum Ankauf und zur Instandsetzung der alten Schloßruine einen Zuschuß von 5000 M. aus dem Dispositionsfonds bewilligt.

* **Aus Westfalen**, 17. Jan. Nach einer den Behörden zugegangenen vorläufigen Mittheilung des Landeshauptmanns zu Münster werden für die beiden nächsten Rechnungsjahre an Provinzialbeiträgen voraussichtlich 600,000 bezw. 750,000 M. mehr erhoben werden müssen. Dies bedeutet gegen die Vorjahre eine Steigerung um fast 40—50 Prozent, und wenn der Provinziallandtag bei Feststellung der Haushaltungspläne nicht noch Mittel und Wege finden sollte, diese beträchtliche Summe herabzumindern, so werden sich die einzelnen Gemeinden auch ihrerseits auf eine Steigerung der Kommunalabgaben gefaßt machen müssen.

* **Rüdesheim**, 17. Jan. Eine hiesige Weinhandlung hat für die verwundeten Buren 300 Flaschen Apmannshäuser Rothwein gestiftet.

* **Biebrich** a. Rh., 17. Jan. Zwischen Magistrat und Stadtverordneten herrschte seit einiger Zeit wegen eines städtischen Projekts grimmige Fehde. Da endlich wußte man einen Weg zu finden, auf dem man zur Verständigung kam. Aus Freude hierüber fand am 16. d. M. für Magistrat und Stadtverordnete ein Versöhnungsessen statt.

Hochwasser.

* **Kaiserslautern**, 18. Jan. In der nordwestlichen Pfalz gingen Wolkenbrüche nieder, durch welche namentlich die Gegend von Pirmasens und Zweibrücken in Mitleidenschaft gezogen wurde, indem die Schwarzach bedeutende Ueberschwemmungen verursachte. Der Schaden ist namentlich in Zweibrücken sehr groß.

* **Stuttgart**, 18. Jan. In Folge starker Regengüsse sind im ganzen Gebiete des Neckars die Flüsse über die Ufer getreten und niedrig gelegene Städte und Dörfer sind theilweise überfluthet. Der Verkehr von einem Ort zum anderen ist vielfach unterbrochen, doch ist bisher kein schwerer Schaden entstanden. Der Regen hat aufgehört.

* **St. Johann**, 18. Jan. Im Gebiete der Saar ist starkes Hochwasser eingetreten. Die Saar steigt noch, während die Zuflüsse langsam fallen.

* **Trier**, 18. Jan. Die Mosel ist bis heute Abend 6 Uhr auf 4,25 m gestiegen, gegen gestern Mittag 3 m mehr. Weiteres Steigen ist zu erwarten.

* **Köln**, 18. Jan. Am Mittelrhein ist Hochwasser zu erwarten. Bei Marau ist der Oberrhein gestern um 1½ m gestiegen. Der Neckar zeigte am Heilbronner Pegel gestern um fast 3 m mehr Wasser, fast ebenso rasch steigen Mosel und Saar. In Köln werden bis 6 m Wasser erwartet.

Lokales.

** **Krefeld**, 19. Jan. Der Volksverein für das katholische Deutschland in Krefeld hat erfreulicher Weise immer weitere Kreise für sich zu gewinnen gewußt. Zu seinen Mitgliedern zählt derselbe, weil er eben ein Verein für jeden Katholiken ist, Männer jeglichen Standes. Die Bestrebungen des Volksvereins liegen bekanntlich auf sozialpolitischem Gebiete; er läßt sich insbesondere die Schulung des katholischen Mannes auf diesem Gebiete und die Fürsorge für den Arbeiter- und Handwerkerstand sehr angelegen sein. Wirksam verfolgt er sein Ziel durch Versammlungen seiner Mitglieder und Freunde, durch zeitgemäße Vorträge, nicht nur auf sozialpolitischem, sondern auch auf anderen Gebieten, die dem katholischen Manne von Interesse und zur Lehre sein können. So sollen am Sonntag, 21. Jan. in der Johannispfarre um 6½ Uhr, in der Johannesburg und im Bezirke Anrath um 6½ Uhr im früheren Erlenweinlschen Saale beim Wirth Herrn Lamers Versammlungen abgehalten werden, deren Programm dem Vereine sicherlich viele neue Mitglieder zuführen wird, zumal die Letzteren neben sonst geeignetem Lesestoff, bei einem Beitrag von jährlich nur 1 M., jedes Jahr 8 Broschüren gratis erhalten. Den Besuch der Versammlung empfehlen wir einem Jedem dringend und verweisen im Uebrigen auf die Bekanntmachungen im Inseratentheile dieses Blattes und die darin verzeichneten Vorträge interessanten Themas.

** **Krefeld**, 19. Jan. Das Karnevalszugkomitee 1900 wird, wie aus einer Anzeige in vorliegender Nummer ersichtlich ist, wie im verflossenen Jahre, so auch für den diesjährigen Rosenmontagszug künstlerisch gezeichnete und vervielfältigte Programmbücher in großer Auflage herstellen lassen. Für Geschäftsleute bietet sich damit eine günstige Gelegenheit zur Erwerbung einer oder eines Theiles einer Seite zu Geschäftsempfehlungen. Auch können sich Reflektanten melden, welche den Verkauf der Bücher übernehmen wollen. Meldungen sind baldigst, längstens bis zum 25. d. M., an Herrn Architekten Johannes Koch hier (Tannenstraße 59) zu richten.

** **Krefeld**, 19. Jan. Eine vom Gesellen-Ausschuß der Tischler-Innung auf gestern Abend in die Reichshalle berufene Versammlung behufs Besprechung der Wahlen zur Handwerkskammer kam wegen mangelnden Besuches nicht zu Stande. Genau ein halbes Dutzend Gesellen waren der Einladung gefolgt. (!)

ps **Krefeld**, 19. Jan. Es wird uns geschrieben: Alljährlich zu Ostern und im Herbst tritt an viele Eltern die Frage heran, was sie mit ihrer der Schule alsdann entwachsenen Jugend beginnen sollen. Bei dem harten Kampfe ums Dasein erscheint es vielen Eltern nothwendig und rathsam, auch ihren Töchtern irgend eine weitere Ausbildung mit auf den Lebensweg zu geben, die sie ihnen ermöglicht, sich später selbst etwas verdienen zu können. Da ist es denn ein Erwerbszweig besonders, der so recht eine weibliche Thätigkeit einschließt und nicht in Wettbewerb mit männlicher Beschäftigung tritt, nämlich die Kunststickerei, welche es jungen Mädchen ermöglicht, auf ehrenhaftem und verhältnißmäßig leichtem Wege sich ein Einkommen zu verschaffen. Junge Mädchen, die eine gründliche Ausbildung auf diesem Gebiete erlangt haben, sind recht gesucht. In unserer hiesigen höheren Webeschule ist durch die in hoher Blüthe stehende Stickereiabtheilung Gelegenheit zur Erlangung der nöthigen Ausbildung in der erwähnten Kunstfertigkeit geboten. Sie ist ausgerüstet mit den neuesten Maschinen zur Erzeugung alles dessen, was die hiesige Industrie und die Konfektion auf dem Gebiete der Stickerei verlangt, wie denn auch schon häufiger hiesige Fabrikanten sich dorthin wendet haben, fertig ausgebildete Schülerinnen zu erhalten, welche ihren Stickerei-Betrieben vorstehen können. Es ist auf diese Weise auch den Fabrikanten Gelegenheit geboten, intelligente Mädchen in kurzer Zeit ausbilden zu lassen. Aber wenn auch nicht die Absicht vorliegt, die erworbenen Fertigkeiten in geschäftlicher Hinsicht zu verwerthen, so wird ein junges Mädchen, welches die Stickereischule besucht hat, doch reichen Gewinn davon tragen. Abgesehen davon, daß Fertigkeit in der Stickerei in jeder Familie für den Hausbedarf gut zu verwenden ist, wie z. B. für Weißstickerei mit Hand- und Nähmaschine, wird durch das mit dem Stickunterricht verbundene Zeichnen und Malen, wie durch die Stickarbeiten selbst, der Farben- und Kunstsinn im allgemeinen angeregt und gefördert, sodaß keine Schülerin die Stunden für verloren halten wird, welche sie diesem Unterricht widmet. Erwähnt mag noch sein, daß auch hohen Ansprüchen der feinen Kunsthandarbeit, wie Nadelmalerei, Goldstickerei, Kunstmaschinenstickerei, Spitzenklöppeln usw. genügt werden kann, ohne daß eine Theilnahme an den industriellen Fächern erforderlich ist. Bei dem sehr niedrigen Schulgeldsatz von 30 M. für das Halbjahr, wofür wöchentlich bis 35 Stunden Unterricht genommen werden können, ist es begreiflich, daß diese Gelegenheit, Schönes und Nutzbringendes zu lernen, reichlich benutzt wird und sei deshalb auch hierdurch nochmals darauf hingewiesen.

Meinungsaustausch über öffentliche Angelegenheiten.

Unter vorstehender Rubrik gelangen Zuschriften aus dem Leserkreise zur Veröffentlichung und zwar unter Verantwortlichkeit der Einsender selbst, welche ihren Namen der Redaktion mitgetheilt haben. Anonyme Zuschriften finden keine Aufnahme. Die Redaktion wirkt bei diesen Veröffentlichungen nur insoweit mit, daß sie die ihr zugehenden Zuschriften darauf prüft, ob sie sachlich gehalten und in der Form nicht verletzend sind. Im Uebrigen will die Redaktion den Erörterungen unter vorstehender Rubrik möglichsten Spielraum lassen.

Lokalbahn-Fischeln. Es wird uns geschrieben: Die Fischelner Strecke der Lokalbahn ist von jeher als Aschenbrödel behandelt worden. Die Verhältnisse werden dort jetzt aber nachgerade unhaltbar. Das Geleise von der Neuburg bis Fischeln ist in einem so schanderhaften Zustande, daß einem angst und bange wird, so wackeln Maschine und Wagen hin und her. Die Wagen, aus anderen Strecken ausrangirt, sind so unsicht, daß man bei Regenwetter in denselben ebenso naß wird, wie draußen. Dazu wird in letzter Zeit ein Wagen benutzt, der wohl mit einem eckigen Rade läuft; er verursacht solche Schläge daß die anliegenden Häuser erzittern. Besonders unangenehm ist solches für Kranke, die in den Häusern wohnen. Es wäre doch wohl an der Zeit, wenn der Wagen Nr. 27 in die Rumpelkammer geworfen würde. Auch in Bezug auf Abfahrtszeiten herrscht große Aehnlichkeit mit einer sog. Bummelbahn. Heute früh, morgen spät. Ob für die Gesellschaft auch polizeiliche Vorschriften über ordentliche Beleuchtung aufgerissener Strecken bestehen?

Musikalisches.

○ **Krefeld**, 19. Jan. Strauß-Konzert. Wir machen an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die öffentliche Generalprobe unter Leitung des Komponisten am Freitag Abend punkt 7 Uhr beginnt. Herr Hofkapellmeister Strauß wird zuerst sein Werk „Ein Heldenleben" dirigiren und empfehlen wir daher den Besuchern im eigenen Interesse, schon vor 7 Uhr im Saale zu sein. Wir wissen aus Erfahrung, daß das fortwährende Hereinkommen Neuer, meist verbunden mit obligatem Thürenschlagen, für alle Mitwirkenden und Zuhörer sehr störend ist. Es bedarf wohl nur dieser Bitte, damit bei der schon obnedies schwierigen Probe, in welcher sich Orchester und Chor zum ersten Male mit dem fremden Dirigenten-Gaste zu verständigen haben, Störungen nach Möglichkeit vermieden werden. Strauß wird ferner seine ältere Komposition (op. 14) „Wanderers Sturmlied" für gemischten Chor mit Orchester dirigiren. Der Text ist von Göthe auf dessen Harzreise gedichtet, nach einer Wanderung in Sturm und Regen. Wie der starke Mensch sich auf seinem Wege nicht durch Sturm und Regen, die Elemente der Natur, von seinem Vorwärtsstreben abhalten läßt und siegreich seinen Weg fortsetzt, so auch der Held in seinem thatenreichen Wirken und Schaffen. Nicht der Neid und die Nadelstiche seiner Widersacher, noch das erbitterte Wüthen der Schlacht bekümmern ihn. Ebenso siegreich wie der Wanderer die Gefahren der entfesselten Elemente bewältigt, so gelangt auch der Held zum ruhmreichen Siege. Man erkennt aus obigem Vergleiche leicht, daß den beiden Werken eine gleiche Idee zu Grunde liegt. Beide, „Wanderers Sturmlied" und „Ein Heldenleben" feiern den Triumph des Genies. Strauß hat in beiden gewissermaßen seine eigene Monographie geschrieben. Die Zusammenstellung dieser Werke auf dem Programm eines und desselben Abends verspricht danach immerhin interessant zu werden.

Vermischtes.

* Straßburg, 17. Jan. Der Weichensteller Brenner, der angeblich die Bischweiler Bahnkatastrophe verschuldet hatte, wurde aus der Haft entlassen. Wie verlautet, habe die technische Prüfung einen allen großen Spielraum der Weichen gegeben, sodaß diese, anfangs richtig gestellt, durch die Gewalt des Zuges umgeschnitten sein könne.

Stadtverordneten-Verhandlungen.

L **Krefeld**, 19. Jan. Die Sitzung wurde gestern Abend 6 Uhr durch den Oberbürgermeister Herrn Geh. Rath. Küpper eröffnet.

Punkt 1: Wiederholte Vorlegung und Feststellung des Fluchtlinienplanes für das Gelände zwischen Dreiter Duk und Inratherstraße.

Der Vorsitzende führt aus, es handle sich um den Diagonalweg, welcher parallel zur Blumenthalstraße vom nördlichen Ende Blumenthals nach dem grünen Duk gelegt werden soll. In der neuen Vorlage ist den hierauf mehrfach geäußerten Wünschen des Kollegiums willfahrt worden. Auch ist in dem Plane der Lage der zu erbauenden katholischen Kirche am Inrath Rechnung getragen.

Stadtv. Keussen empfiehlt warm die Genehmigung des vorgelegten Fluchtlinienplanes, der sehr schön und zweckmäßig sei. Redner möchte bei dieser Gelegenheit die Höhenlage der dortigen Terrains und die in Bezug darauf bestehenden Pläne zur Sprache bringen. Bekanntlich sei die Höhenlage eine solche, daß das Terrain, wenn später dort Straßen offen gelegt und bebaut werden sollten, 4—8 Fuß erhöht werden müsse. Diese Forderung sei wenigstens vom Bauamt gestellt worden und sie bedeute eine derartige Erschwerung des Anbaues, daß sich die dortigen Grundbesitzer zusammengethan, und von sich aus privatim von einer bautechnischen Autorität ein Gutachten einholten. Nach diesem letzteren Gutachten würde die nothwendige Anschüttung etwa 4 Fuß weniger betragen. Herr Stadtbaumeister v. Seggern habe sich später selbst für die Richtigkeit dieses Gutachtens ausgesprochen. Die Baukommission sei deaufragt worden, dasselbe einer näheren Prüfung zu unterziehen. Redner fragt, wie die Sache jetzt eigentlich stehe.

Der Vorsitzende antwortet, daß man diese Angelegenheit erst dann entscheiden könne, wenn der Fluchtlinienplan definitiv genehmigt sei. Thatsächlich sei der von den Grundbesitzern eingereichte Erhöhungsplan für das Terrain ausführbar und werde demselben Rechnung getragen werden.

Stadtv. Keussen dankt für diese Auskunft, bittet aber, die Sache thunlichst zu beschleunigen. Allerwärts rege sich die Baulust, die dortige Gegend aber liege brach, die dortigen Terrainbesitzer seien zur Unthätigkeit verurtheilt und wüßten sich nicht zu helfen.

Der Vorsitzende sagt zu, die Angelegenheit mit Eifer zu betreiben, wünscht aber, daß die Interessenten nun auch unter sich einig sein möchten. Wenn da jeder Einzelne seinen speziellen Willen durchsetzen wolle, dann würden Schwierigkeiten entstehen. Sobald keine Einwendungen gegen den Plan auftauchten, werde die Sache einen raschen Fortgang nehmen.

Stadtv. Keussen bemerkt, daß seines Wissens die Terrainbesitzer durchaus einig wären.

Das Kollegium genehmigt darauf nach unwesentlicher Erörterung den Fluchtlinienplan einstimmig.

Der Vorsitzende machte den Vorschlag, Punkt 2 und 3 der Tagesordnung gemeinsam zu berathen, womit das Kollegium einverstanden ist.

Punkt 2 und 3: Abnahme der vorjährigen Rechnungen und Vorlegung des nächstjährigen Etats der städtischen Leihanstalt, des Schlachthofs, des Stadtbades, der Bürgermädchenschule, sowie Vorlegung des Etats des Elektrizitätswerkes.

a) Städtische Leihanstalt.

Die Rechnung ergibt nach der Ausführung des Berg. Dr. Bertram, daß der städtische Zuschuß 2290,73 M. betragen hat, obwohl im Etat nur 1550 M. angesetzt waren, ein Beweis für die Besserung der allgemeinen wirthschaftlichen Lage.

Das Kollegium ertheilt der Rechnungsablage einstimmig Decharge.

Der Etat für das nächste Jahr balanzirt in Einnahmen und Ausgaben mit 138,770 M. gegen 138,800 M. im laufenden Jahre. Der städtische Zuschuß ist mit 1040 M. (890 M.) normirt.

Das Kollegium stimmt der Etataufstellung zu.

b) Städtischer Schlachthof.

Berg. Dr. Bertram bemerkt zu diesem Punkte, sowie im Voraus zum nächstfolgenden, der das Stadtbad betrifft, generell, daß die Beamtenbesoldungssätze nach dem alten Regulativ angegeben seien. Nach Feststellung des neuen Regulativs würden noch einige Verschiebungen stattfinden müssen. Es sei außerdem beabsichtigt, eine Anzahl von Arbeitern in ihren Lohnbezügen zu erhöhen. Entsprechende Mehreinstellungen weisen die Etats auf. Im Allgemeinen werde überhaupt auf eine möglichst einheitliche Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter hingewirkt. Dieselbe habe sich bis jetzt noch nicht ganz durchführen lassen.

Die Rechnung des städtischen Schlachthofes ergibt in der Summe der Einnahmen und Ausgaben einen Ueberschuß über den Etat von 19,513 M. Die Fleischschaugebühren übertreffen den Etatvoranschlag um 11,300 M., die Trichinenschaugebühren um 5500 M.

Das Kollegium ertheilt der Rechnungsablage Decharge.

Der Etat balanzirt in Einnahmen und Ausgaben mit 196,467 M. gegen 191,057 M. im laufenden Jahre. Die Schlachtgebühren betrugen 86,500 (85,000) M., die Fleischschaugebühren 28,000 (26,838) M., die Trichinenschaugebühren 29,000 (27,000) M. Der Erlös an Eisenerkauf ist mit 6000 (7000) M. normirt, die Arbeitslöhne betragen 14,000 (12,500) M. Der Reservefonds, der bis Ende 98/99 122,750 M. betrug, wird sich einen Bestand von 16,850 M. auf, nachdem für Neubauten 50,000 M. und für Reparaturen 15,000 M. ausgegeben worden sind. Wie Berg. Dr. Bertram andeutet, wird auch in der nächsten Zeit der Reservefonds stark in Anspruch genommen werden, da umfangreiche Reparaturen an den Kondensatoren sich als nöthig erwiesen. Im Uebrigen brauchten die Mehrausgaben für die Arbeiterlöhne, sowie diejenigen, die sich naturgemäß aus der elektrischen Beleuchtung ergeben, nicht zu schrecken, denn es stehe schon heute ein gute Bilanz in Aussicht.

Das Kollegium genehmigt den Etatsvoranschlag einstimmig.

c. Stadtbad.

Die Rechnungsvorlage ergibt eine Mehreinnahme aus dem Verkauf von Bade- und Eintrittskarten sowie für Ertheilung von Schwimmunterricht von 11,527 M. gegen den Etatvoranschlag. Die Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben lautet auf 86,170 M. gegen 72,700 M. im Voranschlag.

Das Kollegium ertheilt der Rechnungsablage Decharge.

Der Etat weist im Uebertrage als Bestand aus dem Vorjahre 10,262 M. auf, gegen 8,380,39 M. im laufenden Jahre. Für Einnahmen aus Badekarten sind 65,000 M. (62,470), aus Schwimmunterricht 2,100 M. (2,500) angesetzt, so daß der Titel 1 der Einnahmen mit 67,190 M. (65,090) abschließt. Die Einnahmen und Ausgaben balanziren insgesammt mit 90,000 M. (85,880). Für Arbeitslöhne sind 26,663 M. (23,850) eingesetzt. Der Titel der Verwaltung schließt ab mit 34,918 M. (32,005), der Titel 2 der Unterhaltung der Gebäude 2c. schließt ab mit 15,950 M. (16,410). Für Kohlen sind 18,250 M. (19,250), für Unterhaltung der elektrischen Beleuchtungsanlagen 4,000 M. (200), für Gasbeleuchtung 500 M. (1,300) angesetzt. Der Beitrag zur Verzinsung des Anlage-Kapitals ist mit 11,800 M. (10,770) normirt. Für den Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk wurden 5,000 M. ausgeworfen.

Berg. Dr. Urfey meint zu der Position des Schwimmunterrichts, die Thatsache, daß dieselbe sich verringere, lasse nicht direkt darauf schließen, daß die Zahl der Schwimmschüler

abnehme. Die Annahme liege nahe, daß Viele sich dem Schwimmverein anschließen, um den Schwimmunterricht billiger zu bekommen.

Beig. Dr. Bertram hält dies ebenfalls für wahrscheinlich und freut sich dessen.

Zu der Position betreffend Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk wirft Stadtv. Otto die Frage auf, ob dadurch nicht bedeutend mehr Unkosten entstehen und ob es sich unter diesen Umständen überhaupt empfehle, den Anschluß zu unterlassen.

Stadtv. Leenderz erwidert, daß durch den Anschluß gegenüber eigenem elektrischen Betriebe jedenfalls eine bedeutende Verbilligung eintreten werde. Es werde vor allem eine namhafte Kohlenersparniß eintreten. Außerdem werde die Stadt durch die Feuerversicherungsgesellschaften zu dem Uebergang gezwungen werden. Die bestehende Leitung sei nämlich den neueren Anforderungen der Technik nicht mehr entsprechend. Die Anlage einer neuen Leitung sei daher nicht zu umgehen, da die Gesellschaften nur unter dieser Bedingung noch versicherten. Man werde also die Ausgaben von 5000 M. auf keinen Fall vermeiden können.

Stadtv. Schroers ist ebenfalls von der Verbilligung der Kosten durch den Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk überzeugt.

Stadtv. Rechtsanwalt Krüsemann fragt, warum denn unter solchen Umständen eine so hohe Summe im Etat angegeben sei.

Beig. Dr. Bertram erwidert, daß die Höhe der Ersparniß von den Kohlenpreisen abhängen werde. Die zu erhoffende Ersparniß sei im Etat dadurch zum Ausdruck gebracht, daß für die Kohlen ein geringerer Posten eingesetzt sei.

Stadtv. Kramer schließt sich diesen Ausführungen an und bemerkt, wenn man sich ein richtiges Bild von der erzielten Ersparniß machen wolle, müsse man diejenige Ausgabe für Kohle, welche bei veränderten Verhältnissen in den Etat eingesetzt worden wäre, 22,000 M., in Vergleich stellen zu der jetzt vorgeschlagenen Summe von 18,000 M., das ergäbe also eine Ersparniß von etwa 4000 M.

Stadtv. Leenderz bemerkt noch, daß, wenn der Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk nicht erfolge, eine Vergrößerung der Kessel in der Einrichtung des Stadtbades nöthig werde; dafür werde dann kein genügender Platz vorhanden sein, sodaß der Ankauf neuen Grund und Bodens unvermeidlich werde. Es könnten dadurch ganz bedeutende Kosten entstehen.

Stadtv. Otto wendet sich zu der Position, welche den Einnahme-Ueberschuß als Vorschußposten für das nächste Jahr vorträgt. Eine solche Ueberschreibung sei sonst nicht üblich. Rechtmäßigerweise müßte die betreffende Summe zur Verzinsung und Amortisation abgeführt werden. Im vorigen Jahre sei bereits hierüber verhandelt worden und da sei das Kollegium einig gewesen darüber, daß eine solche Uebertragung sich nicht empfehle. Die Kommission sei beauftragt worden, darüber zu berathen und entsprechende Vorschläge zu machen. Bei diesem Etat könne man wohl zu einem Definitivum übergehen. Dies könne darin bestehen, daß aus der in Rede stehenden Summe ein Erneuerungsfonds gebildet werde. Es sei doch eine auffallende Erscheinung, daß, wie Stadtv. Leenderz auch in Bezug auf das Stadtbad angedeutet, die maschinellen Einrichtungen in den städtischen Werken dauernd nicht befriedigten. Man werde da einmal nach dem Rechten sehen müssen. Speziell in Bezug auf das Stadtbad könne man bald wieder vor erheblichen Reparaturaufwendungen sich gestellt sehen, wodurch der Etat leicht ins Schwanken kommen könne. Um dies zu verhüten, sei ein bis zu einer bestimmten Summe sich steigender Reservefonds nöthig, für den man mit dem vorhandenen Bestande den Grund legen könne.

Beig. Dr. Bertram führte aus, man könne den Bestand entweder zur Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals verwenden, oder ihn für das nächste Jahr vortragen, oder endlich einen Reservefonds daraus bilden. Das letztere sei ihm durchaus sympatisch und er habe es im vorigen Jahre bereits in der Kommission vorgeschlagen. Das Kollegium aber habe sich dann seines Wissens dem fast einhellig widersetzt, sodaß er jetzt nicht mehr den Muth gehabt habe, den Vorschlag zu erneuern.

Beig. Geh. Kommerzienrath Emil de Greiff ist der Meinung, daß nach der Art des Betriebes des Stadtbades ein Reservefonds keine wesentliche Bedeutung habe. Denn das Stadtbad arbeite nicht mit Ueberschüssen, sondern gegenwärtig noch mit einem Defizit von 30,000 M. Die Bildung eines Reservefonds unter solchen Umständen würde nichts anderes bedeuten, als daß die Einnahmen noch mehr verringert, und der Reservefonds aus dem städtischen Zuschuß gebildet würde.

Stadtv. Rechtsanwalt Krüsemann weist demgegenüber darauf hin, daß das Stadtbad zwar mit Defizit arbeite, aber auch wieder nicht mit Defizit. Dieser anscheinende Widerspruch habe seinen Grund in der Kumulirung verschiedener früherer Anleihen. Wir nehmen mit der einen Hand und geben mit der anderen. Deshalb sei die Schaffung eines Reservefonds wohl möglich. Redner hat sich im vorigen Jahre lebhaft dafür ausgesprochen und ist heute der Meinung, daß, wenn es zu keinem diesbezüglichen Beschluß komme, man doch wenigstens sich die Beschlußfassung noch vorbehalten möge.

Stadtv. Otto führt aus, es bestehe kein wesentliches Interesse, die Quoten für Verzinsung und Amortisation zu erhöhen. Man habe aber wohl ein großes Interesse daran, den Stadtbadetat keine allzu großen Schwankungen zu unterwerfen. Deshalb hält Redner die Schaffung eines Reservefonds für nöthig, besonders noch im Hinblick auf die Ausführungen des Stadtverordneten Leenderz über die Erneuerungsbedürftigkeit der Kesselanlagen.

Beig. Dr. Bertram: Die bisherigen Reparaturen erforderten nicht mehr als höchstens 5—6000 M. Diese konnten wir aus den Ueberschüssen decken. Es können aber leicht höhere Summen kommen. Und dann käme nicht nur der Stadtbadetat, sondern sogar der Hauptetat ins Schwanken, was man jedenfalls zu vermeiden suchen müsse.

Stadtv. Leenderz bemerkt, er habe an den Dampfmaschinen und Kesseln keine Kritik üben wollen, die unzureichende Anlage vielmehr dränge auf einen Anschluß an das städtische Elektrizitäts-Werk.

Stadtv. Otto: Dann hätte man die Anlage von vornherein anders einrichten müssen. (Zuruf des Stadtv. Leenderz: Das konnten wir nicht!) Daß wir mit verschiedenen maschinellen Einrichtungen in städtischen Werken nicht besonders gut gefahren sind, ist doch notorisch und auch schon mehrfach offen ausgesprochen worden.

Beig. Dr. Bertram schlägt vor, damit nicht der Etat umgeworfen werde, zu bestimmen, daß als Beitrag zur Verzinsung und Amortisation dieselbe Summe wie im laufenden Jahre eingesetzt werde, und daß der dann sich ergebende Ueberschuß im nächsten Jahre als Begründung des Reservefonds Verwendung finde.

Beig. Emil de Greiff bittet die Angelegenheit an die Finanz-Kommission zurückzuverweisen.

Das Kollegium stimmt diesem Vorschlage zu und genehmigt einstimmig den Etatvoranschlag.

Beig. Dr. Bertram bemerkt noch, daß für die im Norden der Stadt einzurichtende Stadtbadfiliale ebenfalls ein Etat aufgestellt sei, der in Einnahmen und Ausgaben mit 12,600 M. abschließe. Diese Ziffer sei natürlich vorläufig noch eine imaginäre.

Das Kollegium stimmt auch diesem Anschlage zu.

d) Bürgermädchenschule.

Die Rechnung ergibt an städtischem Zuschuß gegen den Etatvoranschlag ein Plus von 2619, an Eintritts- und Schulgeld ein Minus von 1360 M.

Das Kollegium ertheilt der Rechnungsablage Decharge.

Der Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben ab mit 47,400 M. gegen 48,200 M. im laufenden Jahre. Das Eintritts- und Schulgeld ist auf 26,500 (28,200) M., der städtische Zuschuß auf 21,200 (19,500) M. festgesetzt.

Das Kollegium stimmt dem Etats-Voranschlag einstimmig zu.

e) Elektrizitätswerk.

Beig. Dr. Oppermann führt aus: Bei dem Etat könne es sich naturgemäß nur um vermuthungsweise Feststellungen handeln. Es seien bei der Aufstellung eine gewisse Anzahl von Anmeldungen zu Grunde gelegt, die man bis zum April zu erhalten hoffe. Diese Hoffnung begründe sich in der stetigen Häufung von Anmeldungen in letzter Zeit. Die Einnahmen aus Stromlieferungen bezifferten sich nach dieser Kalkulation auf 122,500 M. Diese Summe vertheile sich wie folgt: Für Beleuchtung (400,000 Kilowatt) 80,000 M., für gewerbliche Zwecke (150,000 Kw.) 28,500 M. und für Bahnbetrieb (170,000 Kw.) 14,000 M. Die Hausanschlüsse sind mit 6000 M. angesetzt. Die Balanze der Einnahmen und Ausgaben beträgt 138,500 M. Unter den Ausgaben befindet sich für den Direktor Coning außer dem Gehalt von 6000 M. eine Summe für freie elektrische Beleuchtung der Privatwohnung. Die Ausgaben für Kohlenverbrauch sind mit 20,000 M. normirt.

Stadtv. Bircks erinnert an die Anfrage, die er bei der Berathung des Elektrizitätswerkes in Bezug auf die Verträge gestellt habe, welche mit den Firmen abgeschlossen waren, die Motoren-Gas beziehen, um dadurch Elektrizität zu erzeugen. Diese Verträge sollen doch respektirt werden, an Stelle dessen aber seien sie, wie Redner gehört, gekündigt worden. Es sei das eine große Härte für die Betreffenden, die nun einmal die theueren Anlagen gemacht hätten. Billigerweise müßte mit den Betreffenden ein Vergleich vereinbart werden.

Beig. Dr. Oppermann bittet, diese Angelegenheit beim Gasetat zu besprechen. Selbstverständlich sei es beschlossene Sache, in der vom Vorredner angedeuteten Richtung Rücksicht walten zu lassen. Die Berathungen hierüber seien aber noch nicht abgeschlossen.

Das Kollegium stimmt hierauf dem Etatsvorschlag zu.

Punkt 4: Uebernahme der Garantie für ein von der hiesigen Wohnungsgenossenschaft bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz aufzunehmendes Darlehen.

Der Vorsitzende: Die Wohnungsgenossenschaft will für die Arbeiterschaft und für die kleinen Leute überhaupt Wohnungen beschaffen. Von allen Seiten ist anerkannt worden, daß ein solches Unternehmen die weitgehendste Unterstützung verdient. Die Genossenschaft wünscht nun, daß die Gemeinde für ein von ihr aufzunehmendes größeres Darlehen die Garantie übernimmt, da die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz nur unter dieser Voraussetzung Geld hergibt. Die Finanzkommission empfiehlt, die Bereitwilligkeit zur Uebernahme der Garantie auszusprechen, selbstverständlich unter ausdrücklichem Vorbehalt definitiver Beschlußfassung nach Vereinbarung über alle Detailbestimmungen, über Ausübung einer genügenden Aufsicht und Kontrolle rc.

Beig. Dr. Bertram: Als Vorsitzender der sozialen Kommission möchte ich die Darlegungen des Vorsitzenden noch ergänzen. Es ist verschiedentlich im Kollegium schon über Wohnungsnoth gesprochen worden. Die soziale Kommission beräth bekanntlich über diese Frage schon längere Zeit, ohne indessen bis jetzt zu einem Abschluß gekommen zu sein. Sie begrüßte aber das Unternehmen der Genossenschaft, weil dieselbe beabsichtigt, kleine Wohnungen nicht theuerer als bisher, wohl aber vortheilhafter herzustellen. Der Antrag der Genossenschaft ging nun ursprünglich weiter. Man verlangte den Erlaß der Umsatzsteuer, der Straßen- und Kanalbaubeiträge. Demgegenüber verhielten wir uns prinzipiell ablehnend. Denn wir sagten uns, die Unterstützung dürfe nicht soweit gehen, daß sie zu einer einseitigen Bevorzugung vor der Privatbauthätigkeit werde. Thatsächlich würde auch der Erlaß der Gebäudesteuern bei größeren Häusern mit mehreren Wohnungen nicht soviel Einfluß haben, daß die Miethen für die einzelnen Wohnungen wesentlich herabgesetzt werden könnten. Vielleicht kommen wir ohnehin bald zu einer Aenderung in den kommunalen Gebäudesteuerverhältnissen. Bekanntlich beräth die soziale Kommission auch darüber, ob die Stadt selbst mit Bauten von Wohnhäusern für die kleinen Leute vorgehen solle. Dieser Plan ist noch keineswegs aufgegeben, aber die Verhandlungen darüber sind noch nicht zu Ende geführt.

Beig. Dr. Urfey: Ich möchte den Antrag der Wohnungsgenossenschaft ebenfalls warm befürworten. Wenn wir ihm Folge geben, so handeln wir ebenso richtig wie zweckmäßig im Interesse des sozialen Wohles der Arbeiterschaft. Aber natürlich ist es auch, daß der privaten Bauthätigkeit keine einseitige Konkurrenz gemacht wird. Ich meine, dieser Thätigkeit bleibt das ganze andere große Feld der Schaffung von Wohnungen für den Mittelstand und die oberen Regionen überlassen, worauf sich dieselbe ja auch in letzter Zeit ausschließlich geworfen hat. Man hat eben wenig Neigung zur Schaffung billiger Arbeiterwohnungen, weil man in Zeiten der Geschäftsstockung befürchtet, daß es mit der Miethezahlung hapern könnte. Wenn also die Genossenschaft für den kleinen Mann eingreift, so bedeutet das keine Konkurrenz. Gegen die weitergehenden Wünsche der Genossenschaft müssen wir uns ablehnend verhalten, weil, wie der Vorredner schon richtig ausgeführt, keine einseitige Bevorzugung Platz greifen darf. Wenn der Vorredner gesagt hat, daß wir vielleicht zu einer Aenderung in den Grund- und Gebäudesteuerverhältnissen in Krefeld kommen, so würde ich diese Reform freudigst begrüßen. Meine Fraktion ist eben noch diesbezüglich an den Oberbürgermeister mit einem Antrag herangetreten, in Gemäßheit des § 25 des Kommunal-Abgabengesetzes über die Einrichtung einer besonderen Grund- und Gebäudesteuer durch die Finanzreform-Kommission baldmöglichst eine Vorlage ausarbeiten und dem Kollegium unterbreiten zu lassen. Dies sollte, wenn möglich, noch in diesem Jahre geschehen. Redner bittet schließlich, den Antrag anzunehmen, der das Kollegium in keiner Weise vinkulirt, sondern ihm freie Hand läßt.

Der Vorsitzende antwortet auf die Bemerkung des Vorredners bezüglich der Reform der Grund- und Gebäudesteuerordnung, daß die Angelegenheit zur Verhandlung bereit stehe. Auch der Minister habe sich bereits damit befaßt und die betreffenden Normal-Regulative an die Stadt eingesandt. Er habe schon im Voraus seine Zustimmung ertheilt. Redner bekennt sich persönlich entschieden zu der Reform. Wenn sie angenommen werde, dann würden zwar bei der Abmessung der Steuerprozentsätze nach wie vor die staatlichen Sätze zur Grundlage dienen. Es würde aber eine andere Vertheilung als jetzt erfolgen können.

Das Kollegium ertheilt hierauf dem Antrag einstimmig die Genehmigung.

Punkt 5: Wahl einer Hafenbaukommission.

Der Vorsitzende bemerkt, daß die bisherige Kommission ihre Aufgabe beendet habe und daher der Wunsch bestehe, eine neue Kommission zu wählen, die nur aus Stadtverordneten bestehen solle.

Stadtv. Kramer hält die ausschließliche Wahl von Stadtverordneten für nöthig, da die Kommission sich auch mit der finanziellen Regelung der Hafenfrage zu beschäftigen habe, was nur das Stadtverordneten-Kollegium angehe. Redner beantragt die Wahl einer Kommission von 9 Mitgliedern und bringt die Stadtverordneten Bellardi, Duytges, Koch, Leenderz, Mengelberg und Schelleckes seinerseits in Vorschlag.

Beig. Dr. Urfey hätte lieber gesehen, daß man die bisherige Kommission im Amte belassen hätte; denn sie habe sich voll bewährt und eine aufopferungsvolle Thätigkeit entfaltet. Wenn nun aber einmal die Kommission nur aus Stadtverordneten bestehen soll, dann empfehle es sich bei der Fülle der bevorstehenden Arbeit, die Zahl von 9 auf 12 zu erhöhen. Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Gegen diesen Antrag erklären sich die Beig. Emil de Greiff und Dr. Bertram, sodaß der Vorsitzende zur Abstimmung schreitet.

Die Abstimmung ergibt zunächst die Annahme des Antrages auf Einsetzung einer besonderen Kommission und dann die Annahme des auf 9 Mitglieder lautenden Vorschlags mit allen liberalen gegen alle Zentrumsstimmen.

Beig. Dr. Urfey schlägt darauf die Herren Krüsemann, Maurenbrecher und Otto als Mitglieder vor.

Das Kollegium erklärt sich mit der Wahl der in Vorschlag gebrachten Mitglieder einverstanden.

Die Sitzung schließt um 8 Uhr.

In geheimer Sitzung wurden einige Hypotheken-Angelegenheiten erledigt. Sodann wurde für Herrn Baurath Marcks in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste und vielen Mühen bei den Vorarbeiten zum Hafenprojekt die Summe von 12,000 M. einstimmig bewilligt.

Telegraphische Depeschen

der „Niederrheinischen Volkszeitung."

W Berlin, 19. Jan. Gegen Mitternacht erfolgte in der Neanderstraße eine Gasexplosion. Eine Person wurde getödtet. In weitem Umkreis wurden Verwüstungen angerichtet.

Handel und Verkehr.

* London, 18. Jan. Die Bank von England hat den Bankzinsfuß von 5 auf 4½ Proz. herabgesetzt.

Berlin, 18. Jan. 1899.

Wechselpreise.

Amsterdam	8 Tage	168 90	London	8 Tage	20 47
	2 Monate	[illegible]		3 Monate	[illegible]
Belg. Plätze	8 Tage	81 20	New-York		[illegible]
	2 Monate	[illegible]	Paris	8 Tage	[illegible]
Ital. Plätze	10 Tage	75 90		2 Monate	[illegible]
	2 Monate	[illegible]	Schw. Plätze	8 Tage	[illegible]
Wien	8 Tage	84 50	Copenhagen	8 Tage	112 [illegible]
	2 Monate	83 85	Petersburg	8 Tage	[illegible]
Madrid	14 Tage	63 35		3 Monate	[illegible]
	60 Tage	[illegible]	Warschau	8 Tage	216 10

Weitere Wechselpreise siehe Börsentelegramm in der gestrigen Abendausgabe.

Bank-Aktien.

Aach. Diskonto-Ges.	131 80	Essener Kredit-Anst.	136 50
Amsterdamer Bank	[illegible]	Köln. Wechslerbank	[illegible]
Bank f. elekt. Unter.	137 75	Mülheimer Bank	[illegible]
Bank f. Rh.-Westf.	114 75	Peters & Co., Krefeld	[illegible]
Barmer Bankverein	[illegible]	Pomm. H.-B. B.-A.	[illegible]
Berg.-Märkische	151 50	Preuß. Bodencr.-B.	[illegible]
Berg.-M. Ind.-Ges.	[illegible]	- Ctr.-B.-Kred.	[illegible]
Berl. Hdl.-Bank	[illegible]	- Hyp. Akt.-B.	[illegible]
- Wechslerbank	107 00	- Pfandbr.-B.	[illegible]
Deutsch Eff. u. W.-B.	[illegible]	Reichsbank	[illegible]
- Genoss.-Bank	112 75	Rhein. Ef. Mülheim	[illegible]
- Grundsch.-B.	124 70	Rhein.-Westf. B.-C.	[illegible]
- Hyp.-B. Berl.	116 10	Schaaffh. Bank	[illegible]
Dortm. Bankverein	125 00	Schlesisch. Bank	[illegible]
Düsseldorfer Bank	[illegible]	Westdeutsche Bank	[illegible]
Elberfelder Bank	123 30	Westfäl. Bank	117 50

Industrie-Aktien.

Accumul. Hagen	136 50	Hamburg. Packetf.	128 40
Allgem. Elektricität	[illegible]	Köln-Müsen	[illegible]
Bank f. Eph. u. Ind.	[illegible]	Löwe & Co.	[illegible]
Bismarckhütte	[illegible]	Louise Tiefb. Pr. A.	[illegible]
Concord. Bergw.-G.	[illegible]	N.-deren. W. Spier	[illegible]
Concordia Spinnerei	[illegible]	Nordd. Lloyd (1900)	[illegible]
Consolidation	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Dannenbaum-Zeche	[illegible]	Rhein. Chamotte	[illegible]
Deutsch. G.-s-Glühl.	314 00	Rhein.-Westf. Kalkw.	[illegible]
Dortm. Akt.-Brauerei	000 00	Schaeffert Elekt.-Ant.	228 10
- Germ. Brauerei	192 50	Stolberg Zinkh.-G.	116 50
- Löwenbrau	227 00	Stahl. Ind. B.-A.	173 00
- Union-Brauerei	000 00	Tuchf. Aachen ua.	87 00
Dynamite Trust	[illegible]	S.Köln-Rottw. Pulv.	207 00
Eschweiler Bergw.	242 50	Barm. Spinn. Bielef.	[illegible]
- Eisenw.	216 00	Westf. Draht-Ind.	000 00
Ges. f. elektr. Untern.	153 10	Westf. Stahlwerke	233 00
Grevenbroich Masch.	163 50	Wittener Gußstahl	263 00
Hagen. Gußstahl	128 50	Wurm-Revier	131 25

Ausländische Wechselpreise.

* Antwerpen, 18. Jan. Wechsel. Deutsche Bankplätze kurz 122.80, London kurz 25.17½, 25.23½, Check London, Mittelkurs 25.23½, Check Paris 100.07½ — 100.20. Auszahlung Deutschl. (Reichs-Giro) 122.80. Deutschland 3 Mt. 123.15. Privat-Wechseldiskont 5 Proz.

* Amsterdam, 18. Jan. Wechsel. Paris Check 47.87½, kurz 47.85. Reichsbank-Giro 58.87. Deutsche Bankplätze kurz 58.77½, 3 Mt. 57.60. Petersburg 3 Mt. 124.00.

* Rom, 18. Jan. Wechsel auf Berlin 131.70.

* Wien, 18. Jan. Deutsche Plätze 118.12. Markpreis 118.15.

* Paris, 18. Jan. Deutsche Plätze 121⅝.

* Lissabon, 18. Jan. Wechsel auf Paris 789.00. Gold-Agio 43.50.

* Petersburg, 17. Jan. Wechsel auf London 3 Monat 93.95. Paris 3 Monat 00.00. Berlin 3 Monat 45.72½. Check Berlin 46.30.

* London, 18. Jan. Deutsche Bankplätze 20.73. Wien 12.57. Petersburg 24⅞. Paris 25.46.

J. Frank & Cie. Krefeld, 19. Jan. 1899.
Telephon 502.

Franko Provision:

			Geber	Nehmer		Nehmer
London	Lstr. 1	f. S.	20 49	20 45	Napoleond'or	16 21
Paris	Frc. 100	f. S.	81 45	[illegible]	Sovereigns	20 43
Belg. Plätze	100	f. S.	81 35	81 05	amerik. Gold	[illegible]
Schweiz.	100	f. S.	80 90	80 60	Noten	[illegible]
Italien	Lire 100	f. S.	[illegible]	[illegible]	französ.	81 15
Holland	fl. 100	f. S.	170 00	169 60	belgische	[illegible]
					holländ.	[illegible]
					österreich.	84 35

An- und Verkauf von Staatspapieren.

Ausführung von Börsen-Aufträgen zu Originalbedingungen der Berliner und Frankfurter Börsen.

Wir geben die meisten Pfandbriefe zum Berl. Kurse netto.

Unentgeltliche Einlösung von Kupons u. Dividendenscheinen.

Unentgeltliche Kontrolle sämmtlicher verloosbarer Effekten.

Sofortige Auszahlung aller Checks.

An- und Verkauf von Wechseln auf alle europäischen und überseeischen Plätze.

Bereitwillige Auskunft-Ertheilung über das Bankfach betreffende Fragen. — Geldwechsel.

Seide.

* Krefeld, 18. Jan. Betrieb der Seidentrocknungs-Anstalt. Es sind bis zur Kondition gekommen: 35 Kos 2615 Kilogr. vom 1. bis 18. Jan. 379 Kos 28,820 Kg. Total 414 Kos 31,435 Kilogr.

* Zürich, 17. Jan. Zur Kondition kamen: Organzin 14 Kos 1230 Kilogr., Trame 14 Kos 1100 Kilogr., Grege 16 Kos 1000 Kilogr. Total 44 Kos 3330 Kilogr. [illegible] 19 [illegible] 1150 Kilogr.

* Basel, [illegible] Zur Kondition kamen: Organzin 11 Kos 874 Kilogr., Trame 14 Kos 880 Kgr. Grege 0 Kos 00 Kgr. Total 25 Kos 1754 Kilogr.

* Mailand, 17. Jan. Zur Kondition kamen: 175 [illegible] europäische und 108 B. asiatische Seiden im Gesammtgewicht von 24,345 Kilogr.

* Lyon, 17. Jan. Zur Kondition kamen: 30 B. Organzin, 32 B. Trame, 84 B. Gregen und hat 101 B. gewogen im Gesammtgewicht von 15,870 Kilogr.

Frucht- und Viktualienmärkte.

* Xanten, [illegible] 4700 Pfd. Butter u. 1800 [illegible] Die Butter [illegible] 0.95 1.00 pro Pfd. die Eier mit [illegible] 1.00 1.15 pro Pfd. [illegible] 48 pro Pfd. Hühner 120 1.40 [illegible] junge Hahnen 0.00 0.00 [illegible] 0.00 pro [illegible] Nächster Markt: [illegible]

* [illegible] Getreide. Es notirten [illegible] Weizen 1. Qual. 15.69 [illegible] 00.00 Roggen 14.53 Buchweizen 18.78 Hafer 13.75 Gerste 13.65 [illegible] 5.00 [illegible] 100 Kilo. Heu 6.— Stroh 3.20 [illegible] Butter 1.10 [illegible] pro Pfd. Eier [illegible] 1.10 [illegible] Brod 0.84 [illegible]

* Dortmund, 18. Jan. Fruchtmarkt. (Nicht amtlich.) Es wurde erzielt: Weizen, [illegible] 15.50 Dortmund, fremder 16.50 17.00 [illegible] Duisburg, Roggen [illegible] 14.75 00 Dortmund, fremder 15.50 16.50 [illegible] Hafer [illegible] 14.50 [illegible] 13.75 15 Duisburg; [illegible] 13.00 [illegible] 0.00 Duisburg; Mais 10.25 [illegible] Am heutigen Markte herrschte [illegible] bei gutem [illegible] Umsätze gering.

* Hamburg, 18. Jan. Weizen holsteinischer 145 148. Roggen mecklenb. 140 145, [illegible] 105. Mais 94½. Rüböl 52½. Spiritus per Jan. 22½, [illegible] 22½, Febr.-März 20½, März-April —. Petroleum Standard white 8.35.

* Hamburg, 18. Jan. Zucker. Rübenrohzucker 1. Prod. 88% frei an Bord Hamburg Jan. 9.65, Febr. 9.67½, März 9.72½, Mai 9.82½, Aug. 10.05, Dez. 9.35.

* Bremen, 18. Jan. Raffin. Petroleum loco 8.45 Br.

* Amsterdam, 18. Jan. Weizen Jan. —, März —. Roggen März 132, Mai 130 fl. Rüböl loco 27½, Mai 27½, Sept.-Dez. 27½ fl. [illegible] 24½, Febr. 24½, März-Mai 00, Juni-Aug. 24½, Sept.-Dez. 23⅛.

Metalle.

* Hamburg, 18. Jan. Gold in Barren per Kilogr. 2790 Br., 2786 Gd., Silber in Barren per Kilogr. 81.25 Br., 80.75 Gd.

Meteor. Station Krefeld (Kgl. Färbereischule) 19. Jan.

Barom. reduz.	Rel. Feuchtigkeit in Proz.	Bewölkung	Niederschlag	Temperatur Cels.	Reaum.	Cels.	Reaum.	Wind
748⁸	87	6	0⁸	3	2⁴	Maximum		W 4
752⁶	77	8	—	4	3	5	4	W 6
756⁰	89	10	—	2	2	Minimum		W 3
764⁴	82	10	—	2	1	1	1	NW 2

Temperatur-Minimum in vergang. Nacht 2° Cels. (1° Reaum.)
Die Beobachtungen beziehen sich auf die Zeiten: 7 Uhr Morgens, 2 Uhr Nachmittags, 9 Uhr Abends des vorhergehenden und 7 Uhr Morgens desselben Tages.

Witterungsübersicht der Deutschen Seewarte vom 18. Januar.

Eine Zone niedrigen Luftdrucks erstreckt sich von der Nordsee südostwärts nach Oesterreich hin und scheidet das Gebiet starker böiger und westlicher Winde im Westen von demjenigen der schwachen südlichen und südöstlichen Winde im Osten. In Deutschland dauert die trübe und milde Witterung fort; meistens ist Niederschlag gefallen, reichlich in den südlichen Gebietstheilen. Kaiserslautern meldet 23, Karlsruhe 31 mm.

Für den Inseraten- und Reclamentheil verantwortlich: J. Keller.

Das erste und das zweite Blatt der Sonntagsnummer bilden die nächste Ausgabe der Niederrh. Volkszeitung.

Hierzu eine Beilage.

Bekanntmachung

betreffend Einführung des Mädchenunterrichts an der Kaufmannsschule.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß zu Ostern d. J. an der hiesigen Kaufmannsschule eine **Abtheilung für Mädchen** eingerichtet wird. Es soll hierdurch auch jungen Mädchen Gelegenheit gegeben werden, sich eine geeignete kaufmännische Fachbildung anzueignen.

Als Unterrichtsfächer sind vorgesehen:

Schönschreiben, Deutsch, Handelskorrespondenz, kaufmännisches Rechnen, Buchführung, Wechsellehre, Französisch, Maschinenschreiben, Kurzschrift.

Der Lehrplan wird auf eine 2jährige Dauer der Unterrichtskurse eingerichtet. Die Lehrstunden sollen in der Tageszeit liegen. Ihre endgültige Festsetzung erfolgt nach Anhörung der Wünsche der Schülerinnen. Das Schulgeld beträgt 20 Mark halbjährig. Aufgenommen werden kann jedes Mädchen, welches das 14. Lebensjahr vollendet und mindestens eine Volksschule mit gutem Erfolge durchgemacht hat.

Junge Mädchen, welche geneigt sind, den Unterricht zu besuchen, wollen sich in den Tagen vom 22. bis 31. Januar (außer Sonntags), Mittags von 12 bis 1 Uhr, im Lokale der Handelskammer, Rheinstraße 68, beim Herrn Direktor **Schumacher** unter Vorlage des letzten Schulzeugnisses anmelden.

Krefeld, den 13. Januar 1900.

Die Handelskammer.
Das Kuratorium der Kaufmannsschule.

Math. Brocker's Buchhandlung,

Telephon 514. Hochstraße 100.

Große Auswahl in

Geschäftsbüchern,

sowie 8004

Anfertigungen nach besonderen Liniaturen prompt und billig.

Grossverkauf der

MAGGI-Produkte:

MAGGI's lösl. Frühstück's-Suppen
MAGGI's Gemüse- u. Kraftsuppen
MAGGI's Bouillon-Kapseln
Maggi zum Würzen

bei Rich. Casaretto & Co., Blumenthalstr 123.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister ist heute unter H. R. A. Nr. 1 a) die Firma Albert Samuel in Hüls und als deren Inhaber der Viehhändler Albert Samuel zu Hüls und unter H. R. A. Nr. 2: b) die Firma Max Davids in Hüls und als deren Inhaber der Viehhändler Max Davids zu Hüls eingetragen worden.

Kempen/Rhein, 13. Jan. 1900.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Auf Blatt 70 des hiesigen Handelsregisters ist heute zu der Firma: Davids & Samuel eingetragen:

Die Firma ist erloschen.

Kempen (Rh.), 13. Jan. 1900.
Königl. Amtsgericht.

Aelt. Mädchen

zur Stütze der Hausfrau u. ein

Mädchen

von 15—16 Jahren bis 1. Febr. in der Nähe Düsseldorf-Land

gesucht.

Offerten unter I. K. 8061 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Eine kinderlose Familie sucht für ihre herrschaftliche Villa bei London ein gesetztes

Hausmädchen,

welches im Serviren und Nähen erfahren ist. Engagement in Krefeld, Hohes Salair.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 8069

Einzelne Dame sucht ein

junges Mädchen

für Hausarbeit und Hülfe im Geschäft gegen Vergütung.
Offerten unter P. Y. 8116 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein kath. Gesellenverein

einer großen Stadt sucht bis zum 15. April einen

tüchtigen

Hausmeister.

Derselbe muß kath., gesetzten Alters und unverheirathet sein.
Bewerbungsgesuche unter O. G. 8117 an die Geschäftsstelle der **Niederrh. Volkszeitung** in **Krefeld** erbeten.



Frisch geschossene schwere

Hasen u. Rehe

ebenso gut gemästetes feinstes

Tafelgeflügel

empfiehlt bestens die Wildhandlung von

Joh. Kox,

St. Antonstr. Telephon 651.

Sehr gute **Schenkwirthschaft**

wegen vorgerückten Alters zu **verkaufen.**

Offerten unter K. 8118 an die Geschäftsst. d. Bl.

---

200 Mk. per Monat,

la. Hamburg. Haus sucht a. all. Ort. resp. Herren f. d. Verkauf v. Zigarren an Händler, Wirthe, Private rc. Off. u. M. 2986 a. G. L. Daube & Co., Hamburg.

Einf. kath. Fräulein

35 Jahre alt, erfahren in allen Zweigen der Haushaltung,

sucht Stelle

zur Stütze oder selbstständigen Führung einer Haushaltung.
Gefl. Offert unter U. M. 8057 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Lehrmädchen

für Weiß- und Wollwaaren-Geschäft und zur Erlernung aller weiblichen Hand- und Näharbeiten gesucht. 8054
Näheres Alte Linnerstr. 43.

Modes.

Eine angehendeerste Arbeiterin, Volontärin und Lehrmädchen gesucht. Geschw. Horstmann, 7971 Ostwall 152.

Ein schönes

belgisches Fohlen,

10 Monate alt, zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 8078



8060

Ein gr. rehbrauner 8059

Vatterhund entlaufen.

Wiederbringer eine Belohnung.
Ferlingshof bei St. Tönis.

Seidenstoffe
für
Brautkleider
in schwarz, weiss und farbig
bekannt billigst.
L. Frankfurt Wwe.,
Hochstrasse 39,
Ecke Neumarkt.

Statt besonderer Anzeige.

Die glückliche Geburt eines
prächtigen Mädchens
zeigen hocherfreut an
Ludwig Loetschert u. Frau
Maria geb. Corbyn.
Höhr, den 17. Januar 1900.

Geburts-Anzeige.
Die glückliche Geburt eines
Töchterchens
beehren sich anzuzeigen
Peter Schmitz und Frau
Elise geb. Weidenfeld.
Willich, Gaspelshof, den 18. Januar 1900.

Das Jahrgedächtniß
für die verstorbene
Frau Ed. Rosenbaum
findet Montag, den 22. Januar, Morgens 8 Uhr in der Stephanskirche statt.

Konkursverfahren.
In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Eheleute J. A. Punessen, Bauunternehmer, und Anna Katharina geb. Föhren, früher zu Fischeln, jetzt zu Krefeld, ist Gläubiger-Versammlung auf den
10. Februar 1900, Morgens 10 Uhr.
Zimmer Nr. 20, bestimmt.
Tages-Ordnung:
§ 150 Konkurs-Ordnung.
Krefeld, 11. Januar 1900.
Königliches Amtsgericht. 3.

Nur 10 Mark!
frachtfrei jeder Bahnstation
kosten 50 Mtr. — 1 Mtr. ersten — bestverzinktes Drahtgeflecht zur Anfertigung von Gartenzäunen,



Hühnerhöfen, Wildes fern. Man verlange Probst. Nr. 29 über alle Sorten Geflecht, Stachel- u. Spalierdraht nebst Gebrauchsanleitung u. Empfehlungen gratis von
J. Rustein, Ruhrort a. Rh.

Geschäfts- und Privathäuser, sowie Baustellen
in verschiedenen Stadtgegenden sind zu 8012
verkaufen.
Näh. Hubertusstr. 74, oben.

Ein Haus
mit Einfahrt und größerem Lagerraum, oder Raum für Lager zu bauen, wird
zu kaufen gesucht.
Offerten unter H. B. 8015 befördert die Geschäftsst. d. Bl.

Bauplatz
ca. 9½ Mtr. Fronte u. 22 Mtr. Tiefe im Mittelpunkt der Stadt, in ruhiger angenehmer Lage und unmittelbarer Nähe eines Walles, preiswerth zu 8086
verkaufen.
Auskunft ertheilt
Wilhelm Floeren jr.,
Architekt.

Ein Spiritusen-Geschäft sucht einen soliden und intelligenten jungen Mann als
Reisenden
zum Besuche von Händler-Kundschaft auf größere Touren.
Offerten unter S. W. 8095 an die Geschäftsstelle d. Bl. *

Theilhaberin
gesucht für ein gutgehendes **Putzgeschäft** mit etwas Baarvermögen. Solche, welche Branchenkenntnisse hat, bevorzugt.
Offerten unter W. G. 8094 an die Geschäftsstelle d. Bl. *

Bekanntmachung.
Die **Anstreicher-Arbeiten in hiesiger Markthalle** sollen vergeben werden. Bedingungen sind auf dem Hochbauamte, Zimmer Nr. 54, einzusehen und Eingabeformulare gegen Erstattung der Selbstkosten daselbst zu entnehmen.
Angebote, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, sind mir spätestens am **29. Januar d. J.** einzureichen.
Krefeld, den 16. Januar 1900.
8056 **Der Oberbürgermeister.**



Heute erhielt einen großen Transport Ponys, Doppelponys und ostpreußische Jucker, sowie eine große Auswahl Luxus-, Geschäftswagen- und Reitpferde.
Aron Stein,
Bültgerstraße 18, Neuß, Bültgerstraße 18.
Telephon-Anschluß 122.

Ladenlokal
für ein besseres **Spezial-Geschäft** in frequenter Lage der Stadt auf sofort oder später **zu miethen gesucht.**
Off. **nebst Preisang.** an die Geschäftsstelle d. Bl. unter E. G. 8073.

Das geräumige
Haus
Lutherische Kirchstr. 85,
Ecke der Kreuzstraße, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen u. kann bald bezogen werden.
Näheres bei **Herm. Wefers,** Petersstr. 31, am Südwall. 6361

Shedraum.
Shedraum für 30 bis 40 Stühle mit Kraft u. s. w. **zu miethen gesucht.**
Viersen, Kempen, Nieukerk, Geldern, würden bevorzugt.
Frko.-Offerten mit Angabe des Preises, des Antritts u. s. w. an die Geschäftsstelle dss. Blattes unter P. S. 7926.

Eine hiesige gutgehende
Wirthschaft
sterbefall-halber zu **verkaufen.**
Offerten unter P. R. 8052 an die Geschäftsst. d. Bl.

Mehrere elegant möblirte
Zimmer
mit Pension
zu vermiethen 7979
Oberstraße 39.

Nach Witten a. d. Ruhr werden für Manufakturwaaren, Woll- und Weißwaaren, Trikotagen, **2 tüchtige, branchekundige kath.**
Verkäuferinnen
gesucht. Gutes Salär, dauernde Stellung.
Offerten unter K. 8034 an die Geschäftsstelle dss. Blattes.

Kräftig. Bäckerlehrling oder **zweiter Geselle** sofort gesucht. 8058
Th. Winzen,
Uerdingen, Bergerstr. 110.

Ordentlicher 8031
Metzgergeselle ges.
Ernst Thoma, Hülserstr. 124.

Ein hiesiges Engros-Geschäft, nicht Seide, sucht zu Ostern oder früher einen
jungen Mann
in die Lehre.
Junge Leute, die die Berechtigung zum Einj.-freiwilligen Dienst haben, erhalten den Vorzug.
Selbstgeschriebene Offert. unter M. C. 8003 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ich suche zu Ostern einen
Lehrling
mit guten Schulkenntnissen.
Wwe. F. Hertz. 8030

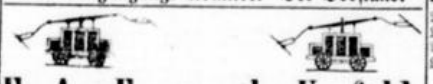
Eine durchaus tüchtige, selbstständige, kathol.
Verkäuferin
für Kolonialwaaren per 15. Februar gesucht.
Offerten mit Zeugniß-Abschriften unter V. Z. 8049 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Per Mitte Februar ein tücht. zuverlässiges
Mädchen
für Küche und Hausarbeit in kleinerem Handhalt gesucht *
Frau P. Schumacher,
Rheinstraße 100.



Ein 5jähriges
Ackerpferd
Rappe, Wallach, lammfromm, mit schöner Figur, auch als Reit- u. Wagenpferd geeignet, steht preiswerth zu verkaufen. 8106
Franz Engh, Wirth,
Straelen, Geldernsche Str.

Aktien-Gesellschaft „Erholung".
Sonntag, den 21. Januar,
Abends 7 Uhr:
Konzert, Theater
und
TANZ.
Das Vergnügungs-Komitee. Der Vorstand.



Freiw. Feuerwehr Krefeld.
Sonntag, 21. Januar cr., Abends 7½ Uhr:
Winterfest
in den Räumen der **Zentralhalle,**
bestehend in
Konzert, Verloosung und Ball.
Unsere Ehrenmitglieder nebst Damen sind hierzu freundlichst eingeladen.
Die Mitglieder der Wehr erscheinen **nur** in Uniform.
Kinder und Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.
Der Vorstand.

Karnevalszugkomitee 1900.



Das Zug-Komitee des diesjährigen **Rosenmontagszuges** beabsichtigt, wiederum künstlerisch ausgestattete reich illustrirte



Programmbücher
in großer Auflage herauszugeben. Einige wenige Blätter der Bücher sind zu
Insertionszwecken
freigegeben. Reflektanten hierauf und auch für den Vertrieb der Bücher wollen sich baldigst, längstens bis zum **25. Januar** mit dem Unterzeichneten in Verbindung setzen.
Die Dekorations-Kommission.
J. A.:
8103 Johannes Koch, Tannenstr. 59.

Krefelder Teppichfabrik Aktiengesellschaft
vormals Joh. Kuenfels & Co.
Die Herren Aktionäre werden hierdurch zur
II. ordentlichen General-Versammlung
eingeladen, welche am
12. Februar cr., um **5 Uhr Nachmittags** im Lokale der hiesigen Handelskammer abgehalten wird.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung.
3. Ertheilung der Decharge an den Vorstand.
4. Beschlußfassung über Verwendung des Reingewinnes.
5. Erhöhung des Aktien-Kapitals.
6. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrath.

Gemäß § 23 unseres Statuts sind die Aktien spätestens fünf Tage vor dem 12. Februar in unserem Geschäftslokale, Blumenthalstraße 108I, vorzuzeigen und die Stimmzettel in Empfang zu nehmen. *
Krefeld, den 19. Januar 1900.
Der Vorstand:
Gust. Graeff. Max Kuenfels.

Kaufmännische Formulare
vorräthig in der
J. B. Klein'schen Buchdr., M. Buscher, Krefeld.

Konzert-Gesellschaft.
IV. Abonnementskonzert
am **Samstag, den 20. Januar cr.,**
Abends 7 Uhr, im großen Saale der Stadthalle,
unter Leitung des Königl. Musikdirektors
Herrn Th. Müller-Reuter.

Mitwirkende:
Herr Hofkapellmeister Rich. Strauss } Berlin.
Frau Rich. Strauss-de Ahna, Sopran }
Herr Konzertmeister **Alfred Heß** aus Frankfurt a. M., Violinsolo.
Frl. **Clara Stauffer** aus Köln } Harfe.
Herr **Reinh. Pester** aus Aachen }
Zur Aufführung gelangt:
Ein Heldenleben von Rich. Strauß, unter Leitung des Komponisten.
Wanderers Sturmlied . . . . . } Lieder mit Orchester und am Klavier }
Vorspiel zu „Die Meistersinger" . . . . von R. Wagner.
Ouverture zu Manfred . . . . . „ R. Schumann.
Orchester: 102 Mitwirkende.

Preise der Plätze: Einzelbillets zu M. 5.—, 3.—, 2.50 und M. 1.— sind in **F. Schuckerts Musikalienhandlung** (O. Nettke), ebendaselbst Erläuterungen zu Heidenleben, und Abends an der Kasse zu haben.
7700 **Das Konzert-Komitee.**

Konzert-Gesellschaft.
IV. Abonnementskonzert
General-Probe
im großen Saale der **Stadthalle,**
am **Freitag, 19. Januar, Abends 7 Uhr,**
unter Mitwirkung des
Herrn Hofkapellmeisters Rich. Strauss.

Eintrittspreis: Saal 1 M., für Mitglieder der Konzert-Gesellschaft Eintritt frei. 7981
Das Konzert-Komitee.

Volks-Verein
für das
katholische Deutschland.
Johannispfarre.
Sonntag, 21. Januar cr., Abends 6½ Uhr:
Versammlung
in der **Löwenburg,** Fischelnerstraße 126, hier.
1. **Vorträge:** a) **Die Buren,** Land und Leute,
b) **Das 19. Jahrhundert.**
2. **Verschiedenes.**

Hierzu werden **alle** Mitglieder des **Volks-Vereins für das katholische Deutschland,** auch die Mitglieder der **Männer-Kongregation von St. Johannis** und alle **Freunde der Sache dringend** eingeladen werden.
Mit Rücksicht auf die Vorträge wird um **pünktliches** Erscheinen gebeten.
Der Geschäftsführer:
8046 **Krüsemann,** Rechtsanwalt.

Von der Reise zurück.
Dr. med. Rob. Neuenborn,
Spezialarzt
für Hals-, Nasen- und Ohrenkranke.
Krefeld, Schwertstrasse 139.
7990

Unentgeltlich
und portofrei erhält auf Wunsch während **8 Tagen** jeder Interessent die täglich in Mittag- u. Abend-Ausgabe erscheinende
„Niederrheinische Volkszeitung" Krefeld.

Stadttheater.
Freitag, den 19. Januar 1900:
76. Abn.-Vorstlg. (roth).
Kean
od. Genie u. Leidenschaft
Lustspiel von Ludwig Barnay.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Samstag, den 20. Januar 1900:
Geschlossen.

Natu wissensch. Verein.
Freitag, 19. Januar 1900, Abends 8½ Uhr.
Haupt-Versammlung.
1) Rechenschaftsbericht und Vorstandswahl.
2) **Vortrag.:** „Ein Streifzug durch Japan." Herr Alexander Jores.
Ausstellung japanischer Sachen. 8—8½ Uhr: **Bibliothek.**
Der Vorstand.

Kaiser-Panorama,
Hochstraße 122,
1 Tr. der Postfiliale (Parterre)
Diese Woche:
Eine herrliche Reise durch
Tyrol.
Neu! Neu!
Das Unter- u. Ober-Innthal.

Lehrer-Gesangverein.
Montag, den 22. Jan. cr., Abends 8½ Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Restaurant **H. Bengs,** Friedrichstr.
Tages-Ordnung:
§ 9 der Satzungen.
Der Vorstand.

Pensionat St. Antonius,
Godesberg a. Rh.,
unter Leitung der Schwestern v. armen Kinde Jesus.
Gründlicher Unterricht im Deutschen und in den fremden Sprachen, in Musik, Zeichnen, Malen, Handarbeiten, Anleitung zur Führung des Haushalte. Zuschneidekursus. 8101
Auskunft und Prospekt durch die Vorsteherin.

Cognac.
Bringe meinen seit Jahren geführten feinen **Cognac, per** ½ Ltr.-Flasche zu 4 M., ¼ Liter 2 M., in empfehlende Erinnerung. 6359
Löwen-Apotheke,
Hochstraße 112.

Dr. Oetker's
Backpulver 10 Pfg.
Vanilin-Zucker 10 Pfg.
Pudding-Pulver 10, 15, 20 Pfg.
Millionenfach bewährte Rezepte gratis von den **besten** Kolonialwaaren- und Drogen-Geschäften jeder Stadt. 5711
Lager bei:
Friedrich Olmes.

Ein junger Mann
aus anständiger Familie für ein hiesiges **Tuchgeschäft**
als Lehrling
oder ein **jüngerer Kommis** gesucht. Eintritt baldigst.
Offerten unter A. M. 8070 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Suche
für meine **Restauration** ein **tüchtiges**
Mädchen
welches auch am Büffet mit thätig, gegen hohen Lohn.
Sternbrauerei, Rheinstr. 24.*

Hypotheken-, Kredit-, Kapital- und Darlehn-Suchende erhalten sofort geeignete Angebote. **Wilhelm Hirsch,** Mannheim.

Zur gefl. Beachtung! Für die „Niederrheinische Volkszeitung" aufgegebene Anzeigen werden auch **einmal kostenlos** in den in einer Auflage von 11,300 Exemplaren erscheinenden **„Crefelder Stadt-Anzeiger"** aufgenommen. Auf diese Weise gelangen Inserate der „Niederrheinischen Volkszeitung" in **18—20,000 Haushaltungen und Familien** und in Hände von etwa **60—70,000 regelmäßigen Lesern.**